

40 Jahre Solidarität mit Geflüchteten in Heidelberg

Geschichte des Asylarbeitskreises von 1980 bis 2020

von Ulrike Duchrow

Die Motivation, sich für Flüchtlinge zu engagieren, ist zunächst humanitär und karitativ. Unterstützung kommt Menschen zugute, die sich in einer Notlage befinden und geschieht meist unauffällig. Wenn Einzelne hilfsbereit handeln, wirkt das immer auch auf die Zivilgesellschaft insgesamt; es trägt zur Mitmenschlichkeit und zur Kohärenz in einer Stadt bei. Das hat der Asylarbeitskreis (AsylAK) mit vielen anderen Vereinen in Heidelberg gemeinsam. Seine Wirkung geht aber darüber hinaus. Indem er sich um Menschen aus anderen Ländern kümmert, ihre Fluchtgründe und ihre Bedürfnisse als Fremde in einem unbekanntem Land kennenlernt, ihre Chancen bei der Anerkennung als Flüchtling fördert, schafft er ein Bewusstsein nicht nur für die persönliche Lage, sondern auch für die politischen Umstände, die Menschen zur Flucht zwingen. Die Unterstützung einzelner Flüchtlinge ist meist mit Öffentlichkeitsarbeit verbunden. Vortragsveranstaltungen, Presseartikel, Infostände und Demonstrationen informieren über den Krieg in Syrien, die Diskriminierung der Roma in Serbien, die Unterdrückung der Bevölkerung in Eritrea. Die Krisen der Welt werden in der Kommune diskutiert. Die Asylarbeit findet an der Schnittstelle von lokaler und globaler Politik statt. Es geht dabei aber nicht nur um Information, sondern ebenso um Kritik an politischen Maßnahmen, die Anprangerung von Rassismus und um Forderungen an die Politik zur Verbesserung der Situation von Geflüchteten. Mehrfach hat der AsylAK Heidelberg den Gemeinderat veranlasst, sich mit bundes- beziehungsweise europapolitischen Themen zu befassen. Bei der praktischen Arbeit ebenso wie bei der politischen braucht der AsylAK Bündnispartner und trägt damit zur Vernetzung vielfältiger zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Stadt bei. Eine enge Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen ist zur Unterstützung der Flüchtlinge unentbehrlich, vor allem mit dem Sozial- und dem Ordnungsamt der Stadt. Der AsylAK hat durch seine vielfältige Tätigkeit und seine Vernetzung mit anderen Organisationen eine große Zahl von Menschen in Heidelberg erreicht. Dadurch hat er einen emanzipatorischen Einfluss innerhalb der Stadtgesellschaft, die erlebt, dass sie durch Engagement etwas bewirken kann. Eine besonders günstige Voraussetzung für seine Arbeit bietet die Universitätsstadt. Die vielen Studierenden, die fremde Sprachen beherrschen und Auslandserfahrungen haben, sind während der gesamten Existenz des AsylAK eine unverzichtbare Hilfe gewesen, dabei sind besonders die ausländischen Studierenden hervorzuheben, die sich engagieren.

Die Nachzeichnung der 40jährigen Geschichte der Asylarbeit in Heidelberg stützt sich auf Protokolle, Jahresberichte, Interviews mit Beteiligten und Zeitungsartikel sowie auf das von der Verfasserin gesammelte Material und ihre eigene Erinnerung als Mitarbeiterin und zeitweise als Vorstandsmitglied seit 30 Jahren.

Die Anfänge 1980-1991

Von der Amnesty-Asylarbeit zum selbständigen Asylarbeitskreis

Die Unterstützung von Asylbewerbern in Heidelberg ging Ende der 70er Jahre von einigen aktiven Mitgliedern von Amnesty International aus. Die Kernaufgabe von Amnesty ist der Schutz von politisch Verfolgten, das schließt den Einsatz für das Asylrecht und die Hilfe für einzelne Asylsuchende ein. Im Amnesty-Bezirk Heidelberg wurde diese Aufgabe erstmals etwa 1978

wahrgenommen, wie aus einer Mitgliederliste hervorgeht, in der eine Asylreferentin genannt wird.¹ 1980 wurde Berthold Münch, damals noch in der juristischen Ausbildung, bis heute praktizierender Anwalt für Asylrecht in Heidelberg, als zuständig für die Asylgruppe von Amnesty erwähnt.² Ein Schreiben der Stadt Heidelberg vom 14. Oktober 1980 unterzeichnet von Oberbürgermeister Reinhold Zundel, gibt einen Hinweis auf seine Tätigkeit. Der Brief von Münch ist nicht mehr vorhanden. Er muss wohl an die Ausländerbehörde der Stadt appelliert haben, ihre Entscheidungskompetenz auszunutzen, um einen Flüchtling vor der Abschiebung zu bewahren. Zundel belehrte ihn darüber, dass die Ausländerbehörden weisungsgebunden seien und dass „es doch wohl unbestritten in unser aller Interesse [liegt], wenn das Asylrecht nicht weiter missbraucht wird.“³

Das Schreiben wirft ein Licht auf die damalige Situation der Geflüchteten in Deutschland. Im Jahr 1980 stieg ihre Zahl stark an – sie verdoppelte sich gegenüber 1979 von 51.493 auf 107.818⁴ – und damit wuchs auch die Sorge vor angeblicher Überfremdung. Die Zunahme hatte vor allem mit der Verfolgungssituation im Iran, in Äthiopien (Bürgerkrieg in Eritrea) und in der Türkei (Verfolgung der Kurden) zu tun. Auch in Heidelberg stieg die Zahl der Asylbewerber von 212 im ganzen Jahr 1979⁵ auf 354 Mitte 1981; sie kamen u.a. aus Indien (97), Pakistan (14), der Türkei (30) und der CSSR (14)⁶. Weitere 53 anerkannte Flüchtlinge aus Laos nahm Heidelberg 1980 auf im Rahmen einer humanitären Aktion der Bundesregierung. Sie fanden im Emmertsgrund ein neues Zuhause und wurden von der Bevölkerung dort überwiegend freundlich empfangen.⁷ Als Reaktion auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen beschloss Baden-Württemberg zahlreiche Einschränkungen für Flüchtlinge, u.a. die Unterbringung in Sammelunterkünften (wurde in Heidelberg erst viel später umgesetzt), Residenzpflicht, d.h. Geflüchtete durften Stadt- oder Gemeindebezirk, in dem sie untergebracht sind, nicht verlassen, sie durften nicht arbeiten, sie erhielten nach Möglichkeit Sachleistungen statt Bargeld für ihren Lebensbedarf (wurde in Heidelberg erst 1994 umgesetzt), sie durften sich nicht politisch betätigen, sie durften außer Verwandten keinen Besuch empfangen.⁸ Der Sozialausschuss der Stadt Heidelberg beriet am 13. September 1982 über die Umsetzung des Gesetzes, u.a. über die Einschränkung der Zahnbehandlung von Geflüchteten.⁹ Verschärft wurde auch die Rechtsprechung: Das Bundesverwaltungsgericht entschied 1983, dass drohende Folter nur dann einen Anspruch auf Asyl begründet, wenn sie politisch motiviert ist. Als Teil der allgemeinen Verhörmethode sei sie nicht asylrelevant.¹⁰

Es waren diese Gesetzesverschärfungen, die Amnesty zum Engagement für Flüchtlinge motivierte, aber auch die Überzeugung, dass auf lokaler Ebene nicht genug für Flüchtlinge getan wurde. Es gab keine Vorbereitung auf das Asylverfahren, es gab keinen Sprachunterricht, es gab keine Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen. Ebenso war es der zunehmende Fremdenhass, dem Amnesty offensiv entgegentrat. Die Heidelberger Mitglieder luden mit Päd.aktiv Heidelberg (Lehrerelbsthilfegruppe) und dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) am 3. Juli 1981 zu einer Podiumsdiskussion im Zieglerbräu ein: „Asylrecht in Gefahr“. Auf dem Podium waren u.a. Rechtsanwalt Berthold Münch und der Asylbeauftragte der Evangelischen Kirche in Baden, Pfarrer Wolfgang Weber. Im Aufruf hieß es: „Flüchtlinge sind gefährdet. Nicht gefährlich. Sie fliehen vor persönlicher politischer Verfolgung aus diktatorischen Ländern.....Sie fliehen, weil sie Angehörige

1 Verteiler des Amnesty-Bezirks Heidelberg 3690, Archiv des Asyларbeitskreises (AAK)

2 Mitgliederverzeichnis der Amnesty-Gruppe 1369, ebenda

3 AAK

4 <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Asylzahlen/asylzahlen-node.html>, aufgerufen 20.06.2020

5 RNZ, 21.10.1980

6 RNZ, 25.2.1980

7 RNZ, 28.1.1981

8 Erlass des Innenministeriums Baden-Württemberg zur Erfassung, ausländerrechtlichen Behandlung und Weiterleitung von Asylbewerbern vom 28. Juli 1980 AZ.:III664/953

9 RNZ, 14.9.1982

10 Amnesty-Pressemitteilung, 13.1.1984, AAK

bedrängter ethnischer und religiöser Minderheiten sind...Nicht die Existenz der Deutschen steht auf dem Spiel, sondern die der Flüchtlinge.“¹¹ Heftige Diskussionen löste das Heidelberger Manifest aus, das rassistische und nationalistische Grundsätze vertrat. Die Unterzeichner kamen nicht aus Heidelberg, der Name des Manifests geht vielmehr auf das Gründungsseminar, das 1982 in Heidelberg stattfand, zurück. Aber auch in Heidelberg gab es viele Personen, darunter auch Professoren, die die dort vertretenen Thesen unterstützten. Gegen die zunehmende Fremdenfeindlichkeit wendeten sich verschiedene Gruppen der Zivilgesellschaft, u.a. eine Veranstaltung des Solidaritätskomitees für Ausländerrechte am 12. Juni 1982 in der Stadthalle, die das Heidelberger Manifest ausdrücklich in ihrem Aufruf nannte. Die Asylgruppe Heidelberg von Amnesty gab 1984 eine Broschüre heraus, in der der Umgang mit Asylsuchenden kritisiert und Verbesserungen gefordert wurden. „Aus bitterer Erfahrung unserer jüngsten Geschichte wissen wir: das Asylrecht für politisch Verfolgte ist unverzichtbar und darf nicht geschmälert werden.“¹² Die Broschüre fordert u.a.: neutrale Beratung vor Antragstellung, staatlich geförderte Grundsprachkurse, Barauszahlung der ungekürzten Sozialhilfe, dezentrale Unterbringung.

Für die Einrichtung von Sprachkursen setzten sich verschiedene Organisationen in Heidelberg alsbald energisch ein: neben VertreterInnen von Amnesty u.a. Caritas, Diakonie, die evangelische Kirche, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Päd. aktiv fanden sich am 13. März 1986, zusammen, um auf Einladung des DRK über die Koordinierung des Sprachunterrichts zu sprechen.¹³ Die genannten Organisationen boten Sprachkurse an, die weitgehend ehrenamtlich gehalten wurden. Von den Flüchtlingen, die wegen des Arbeitsverbots oft zu jahrelanger Untätigkeit verurteilt waren, wurden die Kurse sehr gut angenommen, reichten aber nicht aus, weshalb viele zusätzlich auf eigene Kosten Kurse in der Volkshochschule besuchten, die sie sich vom Munde absparten. Die genannten Organisationen bedauerten, dass die Stadt ihr Engagement nicht würdigte, sondern in Eigenregie Sprachkurse durchführen wollte. Der Gemeinderat hatte dafür Mittel in Höhe von 30.000 DM bewilligt. Nicht nur der Sprachunterricht, auch die soziale Betreuung wurde bis dahin ehrenamtlich von den genannten Institutionen geleistet, vor allem von Amnesty und Päd.aktiv. Dass die Stadt bislang keine Sozialbetreuung eingerichtet hatte, lag an dem Gerangel mit dem Land um die Kosten. Schließlich wurde 1986 eine einzige Sozialarbeiterin für die 308 Asylsuchenden, die Heidelberg aufgenommen hatte, angestellt. Im Unterschied zu anderen Kommunen waren die Asylbewerber in Heidelberg dezentral untergebracht. Die 55 Wohneinheiten, die die Stadt angemietet hatte, waren auf das gesamte Stadtgebiet verteilt. Darauf führt die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) zurück, dass es keine schwerwiegenden Probleme zwischen Einheimischen und Asylbewerbern gab, vielmehr gab es zahlreiche Beispiele von spontaner Hilfsbereitschaft.¹⁴

Ungeachtet dieses positiven Aspekts, spitzte sich im Juli 1986 die Diskussion um das Thema Asyl in der Öffentlichkeit und der Presse erheblich zu. Die Asylgruppe von Amnesty richtete deshalb einen Brief an die RNZ, unterschrieben von Rechtsanwalt Berthold Münch: „Mit wachsender Sorge beobachtet Amnesty International, Bezirk Heidelberg, wie in den letzten Tagen eine Asyldiskussion in einer Weise entfacht worden ist, die der humanitären Konzeption unserer Verfassung und den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland diametral entgegengesetzt ist.“ Der Brief beklagt, dass die Zahlen „in unverantwortlicher Weise“ hochgespielt würden, dass die Berichterstattung unseriös sei, weil sie die Feststellungen des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nicht berücksichtige. Er weist darauf hin, dass das Asylrecht eines der höchsten Güter unserer Verfassung sei und auf der gleichen Stufe wie andere Grundrechte, z.B. dem der Meinungsfreiheit, stehe. Besonders heftig kritisierte er die Forderung der CSU, den Zugang zu den Gerichten zu versperren. Der Brief schließt mit dem Hinweis auf die NS-Zeit: „Vielleicht ist es

11 Flugblatt zur Veranstaltungsankündigung, 3.7.1981, AAK

12 Amnesty International, Asylgruppe Heidelberg 1984, ebenda

13 Protokoll vom 25.3.1986, AAK

14 RNZ, 25.2.1986

kein Zufall, dass all dies um den 20. Juli geschieht. Wir wollen einfach nicht glauben, dass die vornehmsten Lehren aus der Nazidiktatur, der Schutz vor politischer Verfolgung und die Bindung der öffentlichen Gerichtsbarkeit, in den Wind geschlagen werden soll.“¹⁵

Bald danach gab es einen weiteren Anlass für das Engagement der Amnesty-Asylgruppe: Erstmals sollten zwei Eritreer aus Heidelberg abgeschoben werden. In ihrer Not wandten sie sich an Amnesty-Mitglieder. Sie waren in zweiter Instanz mit ihrer Klage gescheitert. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim begründete sein Urteil damit, „dass ihnen lediglich das für totalitäre Herrschaftssysteme übliche Schicksal“ drohe.¹⁶ Das hätte Haft, Folter bis hin zur Todesstrafe bedeuten können. Amnesty wandte sich an das Ordnungsamt, die Parteien, die Kirchen. Es wurde eine Anzeige in der RNZ geschaltet, die von über hundert Personen unterschrieben wurde. Auch andere Organisationen setzen sich ein, darunter auch die GAL-Fraktion des Stadtrats, die an die Stadt appellierte, ihren Ermessensspielraum auszunutzen. Es lag Amnesty und allen anderen daran, einen Präzedenzfall zu verhindern. In Heidelberg waren ca. 80 eritreische Geflüchtete, in Deutschland 4000. Ob die Öffentlichkeitsarbeit und die Appelle an die Stadt und das Regierungspräsidium zum Erfolg führten, konnte die Verfasserin nicht in Erfahrung bringen. Die beiden Flüchtlinge sollen nach Aussagen von ihren eritreischen Freunden nach Holland gegangen sein, was dafür spricht, dass sie für Deutschland keinen Aufenthaltstitel erhalten haben.

Veränderungen in der Organisation

Solange die Asyl-Gruppe von Amnesty für die Menschenrechte einsetzte, d.h. u.a. für das Recht auf Asyl, und Flüchtlinge juristisch beriet, war dies durch das Mandat von Amnesty gedeckt. Die Asylarbeit von Amnesty hatte aber inzwischen eine gewisse Eigenständigkeit entwickelt und kümmerte sich um Bereiche, die nicht mehr vom Mandat gedeckt waren.¹⁷ Daher bildete sich 1987 parallel der *Asylarbeitskreis Humanes Exil*, der in enger Kooperation mit Amnesty tätig war.¹⁸ Die aktiven Mitglieder des neu gegründeten Kreises gehörten zum großen Teil auch der Asyl-Gruppe von Amnesty an, die daneben weiter bestand. Außer dem schon erwähnten Berthold Münch waren es vor allem Helmuth Thomsen, Elaine Griffith, Vera Spindler, Annegret Fabricius und Amrei Schmidt. Diese Aufzählung ist unvollständig, es waren sehr viel mehr Personen als persönliche Betreuer*innen und als Sprachlehrer*innen im Rahmen von „Humanes Exil“ in der Flüchtlingsarbeit tätig. Die genannten Personen waren nicht nur damals besonders engagiert, sondern unterstützen jahrelang, teilweise bis heute, Geflüchtete.¹⁹ Die Hauptarbeit leistete damals nach Auskunft der Interviewten Helmuth Thomsen, der im Ruhestand war und deshalb über mehr Zeit als die anderen verfügte. Er war Mitbegründer und Kassenwart von „Humanes Exil“, bereitete die Geflüchteten auf ihre Anhörung beim Bundesamt vor und begleitete viele von ihnen zur Anhörung nach Zirndorf, dem damaligen Sitz des BAMF.²⁰ Als Tätigkeitsfelder der Initiative werden in einem Faltblatt des Asylarbeitskreises Humanes Exil u.a. genannt: Vermittlung qualifizierter juristischer, medizinischer und psychologischer Beratung, Schulung Ehrenamtlicher, Information der Öffentlichkeit, Kontakte zu Behörden. Die Asylarbeit hatte nun endlich auch ein festes Domizil in der Alten Eppelheimer Straße 38 für die Treffen der Gruppe und für Sprechstunden. Ein Asylcafé gab es in der Kaiserstraße 5 im Altkatholischen Gemeindezentrum. Womit sich der Arbeitskreis Ende der 80er Jahre beschäftigte, geht aus dem Protokoll vom 21.12.88 hervor: die Mitarbeiter*innen waren überlastet vor allem durch die Betreuung psychisch kranker

15 Brief vom 22.6.1986, AAK

16 *VGH MA, A13S87/86*

17 Aus zwei Briefen von ai Deutschland an Elaine Griffith bzw. an Helmut Thomsen geht hervor, dass eine Unterstützung von Organisationen, die nicht direkt für ai tätig sind, keine finanzielle Unterstützung erhalten dürfen.
AAK

18 Faltblatt „Asylarbeitskreis Humanes Exil e.V.“, AAK

19 Interviews, die ich mit den Genannten geführt habe

20 Interview mit Elaine Griffith

Geflüchteter, deren Zahl zugenommen hatte. Es wurde fachliche psychologische Beratung gesucht. Die Mitarbeiter*innen bedurften einer Supervision. Abschiebung war ein weiteres wichtiges Thema des Protokolls. „Humanes Exil“ suchte den Kontakt zu den Behörden und plante, den Leiter der Ausländerbehörde des Landratsamts zu einem Vortrag zum Thema Abschiebung einzuladen. Es wurde vermerkt, dass viele Ablehnungsbescheide nicht rechtswirksam zugestellt würden. Sie müssten von den Mitarbeiter*innen von „Humanes Exil“ überprüft werden. Bei drohenden Abschiebungen sollten Nachbarn informiert werden. Zwar hatten Asylsuchende das Recht, im Abschiebungsfall ihren Anwalt hinzuzuziehen, aber in der Praxis kam es meist nicht dazu.²¹

Zur Lage der Flüchtlinge in Heidelberg im Jahr 1987 informiert außerdem der Jahresbericht von Amnesty: Inzwischen gab es 500 Flüchtlinge in Heidelberg, die von drei SozialarbeiterInnen betreut wurden. Psychologische oder psychiatrische Betreuung war nur durch Vermittlung von Einzelpersonen möglich, Kinder besuchten die Schulen nur als Gasthörer – es gab keine Schulpflicht. Es standen nur wenige spezialisierte Rechtsanwälte zur Verfügung. Besonders wurde die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen beklagt, die keine Ausbildung machen durften. Die Asylverfahren dauerten mindestens zwei, oft aber auch sechs und sieben Jahre.²² Ab 1988 organisierte „Humanes Exil“ zusammen mit dem katholischen Jugendbüro Wochenenden zur Begegnung für deutsche Jugendliche und junge Geflüchtete zum gegenseitigen Kennenlernen. Finanziert wurden die Freizeiten durch Gebühren der deutschen Teilnehmenden und Mittel der Trägervereine, möglicherweise auch durch öffentliche Fördermittel²³. Die Verantwortliche für die Organisation und Betreuung der Freizeiten war Vera Spindler.

1991 kam es zu einem schwerwiegenden Bruch innerhalb von „Humanes Exil“. Helmuth Thomsen verschwand am 11. Januar spurlos und hinterließ einen Schuldenberg. Wie konnte es dazu kommen? Er hatte inzwischen das „Psychosoziale Forum Helmuth Thomsen“ gegründet in der Absicht, für Geflüchtete die dringend benötigte psychologische Hilfe zu organisieren. Eine Psychologin war bereits eingestellt und ein Haus angemietet, an dem auch schon Renovierungsarbeiten begonnen hatten.²⁴ Thomsen hatte sich auf eine versprochene Großspende aus einem der Golfstaaten verlassen, die durch den Ausbruch des Zweiten Golfkriegs nicht realisiert wurde.²⁵ Er hatte außerdem die Eintragung von „Humanes Exil“ ins Vereinsregister den Mitgliedern gegenüber nur vorgetäuscht und auch der Öffentlichkeit falsche Angaben gemacht, denn das Faltblatt zu „Asylarbeitskreis Humanes Exil“ enthielt die Bezeichnung e.V. Die Mitglieder des Arbeitskreises sahen eine große Schuld bei sich selbst, weil sie Thomsen nicht ausreichend kontrolliert hatten. Sie standen alle unter hoher Arbeitsbelastung durch ihre berufliche und zugleich die Asylarbeit und waren froh, dass wenigstens eine Person sich voll der organisatorischen Arbeit widmete. So war „Thomsen zu einer fast unantastbaren Autorität geworden“²⁶. Vereinsgelder waren zum Glück nicht veruntreut, aber der Vorstand fühlte sich moralisch verpflichtet, die Lohnschulden der Psychologin zu begleichen. „Humanes Exil“ verfügte aber nicht über das Geld und musste sich deshalb um Spenden bemühen²⁷. Da das Büro des Asylarbeitskreises von Helmuth Thomsen für sein psychosoziales Forum angemietet war, hatte die Asylarbeit nun kein Domizil mehr. Für die Beratungen stellte Elaine Griffith ihr Büro zur Verfügung. Das Büro der katholischen Jugend in der Bahnhofstr.53 rettete den Arbeitskreis vor der Obdachlosigkeit: Das Asylcafé und die monatlichen Treffen fanden dort statt. Für Fortbildungen im Asylrecht lud Berthold Münch in seine Kanzlei ein.²⁸

21 Protokoll des Asylarbeitskreises „Humanes Exil“, 21.12.1988, AAK

22 Rechenschaftsbericht des Jahres 1987 von ai-Bezirk Heidelberg, Referat für ausländische Flüchtlinge

23 Broschüre *Jugendaustausch zwischen Deutschen und Flüchtlingen*, Asylarbeitskreis Humanes Exil e.V., AAK

24 Interview mit Elaine Griffith

25 Interview mit Annegret Fabricius

26 Brief des Asylarbeitskreises Humanes Exil vom 1.2.1991 an seine Mitglieder, AAK

27 Ebd.

28 Protokoll von „Humanes Exil“, 14.3.1991, AAK

Asylarbeit von 1991- 2001

Der Asylarbeitskreis wird eingetragener Verein

In den 90er Jahren stand die Asylarbeit vor großen Herausforderungen. Die Flüchtlingszahlen in Deutschland stiegen nach dem Fall der Mauer und im Verlauf der Jugoslawienkriege stark an, von knapp 100.000 im Jahr 1988 auf über 400.000 im Jahr 1990²⁹. Gleichzeitig kam es zu ausländer- und flüchtlingsfeindlichen Anschlägen. Diese Entwicklungen hatten Auswirkungen auch auf Heidelberg. Zwar gab es keine fremdenfeindlichen Anschläge, doch auch hier war die Stimmung angespannt. Die Verantwortung des Asylarbeitskreises wurde größer, ebenso nahm das Engagement der Bevölkerung zu. Die Unterstützung von Geflüchteten ging weit über den Asylarbeitskreis hinaus. Die 90er Jahre waren auch dadurch gekennzeichnet, dass die Bundesregierung auf die höheren Flüchtlingszahlen mit einer immer restriktiveren Asylgesetzgebung antwortete. Für den Asylarbeitskreis war es eine Zeit der Proteste.

Die Voraussetzungen für seine Arbeit verbesserten sich Anfang der 90er Jahre. Im September 1991 wurde er von 25 Mitgliedern als eingetragener Verein mit einem neuen Namen, *Asylarbeitskreis Heidelberg e.V.* (AsylAK), gegründet³⁰. „Zweck des Vereins ist der humanitäre Einsatz für Personen, die vor Menschenrechtsverletzungen und Gefahr für Leib und Leben in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet sind. Weitere Zielsetzungen sind die sachliche Aufklärung der Öffentlichkeit und Gespräche mit Behörden, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Flüchtlingen und Deutschen.“³¹ Zum Vorsitzenden wurde Heinrich Reinhard (Student), zur stellvertretenden Vorsitzenden Vera Spindler (Sozialarbeiterin), und zur Finanzreferentin Annegret Fabricius (Lehrerin) gewählt.³² Annegret Fabricius hat dieses Amt mehr als 10 Jahre versehen. Auch die Raumfrage konnte bald geklärt werden. In der Evangelischen Stadtmission in der Landfriedstraße 16 konnte der AsylAK nun einziehen. Sie bot geradezu ideale Bedingungen: Es gab ein Büro und einen Versammlungsraum, in dem die immer größer werdenden Treffen und das Asylcafé stattfinden konnten. Diese Wohnung blieb dem AsylAK bis 2001 erhalten. Oberbürgermeisterin Beate Weber wurde zur Einweihung eingeladen.³³ Wertvolle Hilfe verdankte der AsylAK Siglinde Haußecker, die im Rahmen ihrer Tätigkeit beim Diakonischen Werk mit ihm eng zusammenarbeitete. Sie nahm an den Sitzungen teil, unterstützte Aktionen und beriet Geflüchtete.

Der idealen Arbeitssituation stand nun aber eine schwierige Finanzsituation gegenüber. Während der bisherige Versammlungsort umsonst war, kamen nun monatliche Ausgaben in Höhe von 900-1000 DM (davon Miete 683 DM) dazu, denen Einnahmen aus Spenden von 250€ gegenüberstanden.³⁴ Verschiedene Bettelbriefe an die Stadt Heidelberg und an das Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises zeugen von der prekären finanziellen Lage. Bürgermeister Beß lehnte einen regelmäßigen Mietkostenzuschuss ab, versprach aber eine Sonderzuwendung, wenn am Ende des Jahres Haushaltsmittel übrig bleiben sollten.³⁵ Erwähnenswert ist die Antwort von Landrat Dr. Schütz, zeigt sie doch den unterschiedlichen Umgang mit Geflüchteten und ihren Helfer*innen zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und Heidelberg. Dem AsylAK wird in scharfem Ton eine Absage erteilt mit dem Argument, dass die Asylbewerber Residenzpflicht hätten und den Landkreis gar nicht verlassen dürften, um sich in Heidelberg beraten zu lassen.³⁶ Wirklich erfolgreich mit seinen Anfragen war der AsylAK lediglich bei der Stadtmission, die die Betriebs- und

29 <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Asylzahlen/asylzahlen-node.html>, aufgerufen 20.06.2020

30 Schreiben des Asylarbeitskreises an das Amtsgericht Heidelberg vom 19.3.1991.

31 Satzung des Asylarbeitskreises Heidelberg e.V. AAK

32 Wie Anm.30

33 Brief des AsylAKs an OB Weber, 9.6.1992, AKK

34 Protokoll der Mitgliederversammlung, 20.10.1992. AKK

35 Brief der Stadt Heidelberg ohne Datum, AKK

36 Brief von Landrat Dr.Schütz an den AsylAK, 16.9.1992, AAK

Heizungskosten übernahm.³⁷ Eine bemerkenswerte Spendenaktion besserte die Finanzen für einige Zeit auf: Die Künstlergruppe'79 stellte 70 Werke, Originalzeichnungen, Radierungen etc. zur Verfügung, die im Jugendtheater versteigert wurden und 4160 DM einbrachten, die vom Intendanten des Theaters, Peter Stoltzenberg, überreicht wurden.³⁸

Angesichts der großen Anzahl der Flüchtlinge und der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit erweiterte der AsylAK Anfang der 90er Jahre seinen Tätigkeitsbereich erheblich. Er veranstaltete Begegnungsfreizeiten, Vorträge in Kirchengemeinden, Vereinen und Schulklassen, Veranstaltungen in der Volkshochschule, Informationsstände. Dabei wurde immer wieder daran erinnert, dass eine Million Deutsche während der NS Zeit fliehen mussten und im Ausland Asyl erhalten hatten. Ein Plakat mit den Abbildungen von prominenten Flüchtlingen aus Deutschland unterstützte diese Mahnung. Die ehrenamtlichen Berater*innen wurden in Fortbildungsseminaren zum Asylrecht geschult, die von dem Juristen Jürgen Blechinger durchgeführt wurden. Der AsylAK bemühte sich bei der Universität und der Stadt um die Einrichtung einer psychologischen Beratung von Traumatisierten. Die Universität reagierte darauf positiv und hob hervor, dass der Asylarbeitskreis über die nötige Expertise für die kulturellen und sozialen Zusammenhänge der Krankheiten verfüge. Doch die Finanzen konnten nicht aufgebracht werden, um das Projekt zu realisieren. Es wurden Kontakte zu den Bürgerinitiativen geknüpft, die sich zur Unterstützung von Geflüchteten in einzelnen Stadtteilen – in Kirchheim, Ziegelhausen, Neuenheim und Handschuhsheim – gebildet hatten. Die Mitgliederzahl, 52 im Oktober 1992³⁹, stieg und auch, jedenfalls vorübergehend, die Spenden.

Im Oktober 1991 entstand das Netzwerk *Heidelberger Bündnis für Asyl und gleichberechtigtes Zusammenleben* (Bündnis) als Antwort auf Anschläge gegen Flüchtlinge und Migranten, u.a. in Hoyerswerda. Es wurde initiiert von Albrecht Rohrmann, dem damaligen Geschäftsführer des Kreisverbands der Grünen und der Verfasserin in ihrer damaligen Funktion als Mitglied des Kreisvorstands. Nachdem Albrecht Rohrmann Heidelberg verlassen musste, organisierte die Verfasserin die Aktivitäten des Bündnisses. Es war ein lockerer Zusammenschluss von über 30 Gruppen bzw. Institutionen, die sich in Heidelberg mit Ausländer- und Asylfragen befassten. Neben Migrant*innen-Gruppen, dem AsylAK und Flüchtlingsinitiativen in den Stadtteilen gehörten ihm Caritas, Diakonisches Werk, Parteien (Grüne/GAL, SPD), der Ausländerrat, der Verband Deutscher Sinti und Roma, die jüdische Gemeinde und der Deutsch Gewerkschaftsbund (DGB) an. „Das Bündnis sieht es als seine Aufgabe an, gemeinsam und öffentlich für die Erhaltung des Asylrechts und gegen Ausländerfeindlichkeit aufzutreten,“ heißt es in der Grundsatzerklärung.⁴⁰ Es organisierte Demonstrationen, Pressekonferenzen und kulturelle Veranstaltungen mit dem Ziel, zur Versachlichung der Diskussion, zu Hilfsbereitschaft und Toleranz beizutragen. Treffen fanden einmal im Monat zusammen mit dem Asylarbeitskreis in der Landfriedstr.16 statt, mit dem gemeinsam auch ein monatlicher Rundbrief an die Mitglieder verschickt wurde. Beide zeichneten verantwortlich für eine Demonstration am 13. Mai 1993 gegen die geplante Änderung des Grundrechts auf Asyl, den sog. „Bonner Asylkompromiss.“ Die Demo wurde als Trauer- und Protestzug angekündigt. Alle sollten Schwarz tragen, ein Sarg, der die bevorstehende Abschaffung des Asylrechts symbolisierte, führte den Zug an.⁴¹ Eine besonders phantasievolle Aktion fand zu dieser Zeit ebenfalls in der Verantwortung des Bündnisses mit einer Schulklasse statt: Die Kinder bauten eine Mauer mit Umzugskartons mitten in der Hauptstraße beim Bunsendenkmal und beschrifteten sie mit Protesten, um auf die Abschottung Europas gegen Flüchtlinge durch die Grundgesetzänderung aufmerksam zu machen.⁴²

37 Brief des AsylAK an die Stadtmission, 21.12.1992, AAK

38 Ein undatiertes Bild aus der RNZ, AAK

39 Liste der Mitglieder des Asylarbeitskreises Heidelberg e.V., Stand 10/93, AAK

40 AAK

41 Aufruf für die Demonstration am 13.5.1993, AAK

42 Aktion wurde erwähnt in Rede zum 10 Jährigen Bestehen des AsylAKs in RNZ, 29.10.1996

Folgen der steigenden Flüchtlingszahlen

Wegen der steigenden Zahl der Asylsuchenden wurde die Zuweisungsquote für die Kommunen immer weiter erhöht. Im Juli 1992 betrug sie 9,5 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner, so dass die Stadt 1311 Geflüchtete aufnehmen musste. Sie war bestrebt, „den um Asyl nachsuchenden Menschen für die Dauer des Verfahrens einen humanen Aufenthalt in Heidelberg zu gewährleisten.“⁴³ Im Gegensatz zu anderen Städten blieb Heidelberg weiterhin bei einem dezentralen Aufnahmesystem. Zwar konnten Geflüchtete nun nicht mehr überwiegend in angemieteten Wohnungen untergebracht werden, vielmehr richtete die Stadt Unterkünfte für kleine Gruppen in den verschiedenen Stadtteilen ein, zum Teil in umgewidmeten Hotels, z.B. im „Deutschen Kaiser“ in Handschuhsheim und im „Goldenen Löwen“ in Ziegelhausen. Diese kleineren Unterkünfte mitten in den Stadtteilen sollten, anders als große Unterkünfte weit abseits der Stadt, zugleich der Sicherheit der Asylbewerber und ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung dienen.⁴⁴ Diesem Konzept entsprach leider nicht die Unterkunft im Oftersheimer Weg 19, die weit draußen direkt neben der Mülldeponie („Recyclinghof“) lag. Die Unterstützergruppe dieser Unterkunft, der die Verfasserin angehörte, übte sich in gewaltfreiem Widerstand und richtete eine Telefonkette ein, um auf einen Überfall vorbereitet zu sein. Eine Rattenplage führte 1996 zur Schließung der Unterkunft. Insgesamt gab es 1992 elf Unterkünfte. Nicht nur die Asylkreise in den Stadtteilen, sondern teilweise auch die Stadtteilvereine und die Bevölkerung insgesamt, unterstützten die Menschen nach Kräften, die vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien vor dem Bürgerkrieg geflohen waren. Der AsylAK war vor allem in der Unterkunft in der Henkel-Teroson-Straße aktiv. Dort lebten die Geflüchteten in Mobil Homes sehr gedrängt, nur 4,5 m² standen einer Person an Wohn- und Aufenthaltsraum zur Verfügung, 3-4 Personen teilten sich ein Zimmer und es gab keinen Gemeinschaftsraum, was die Organisation von Aktivitäten, z.B. Sprachunterricht und Spielgruppen sehr schwierig machte.

Unmut und Widerstand in der Bevölkerung kamen auf, als am westlichen Ende der Blumenthalstraße Mobil Homes für 90 bis 100 Geflüchtete gebaut werden sollten.⁴⁵ Es ist erstaunlich, mit welcher Vehemenz ein großer Teil der Bewohner gerade eines der wohlhabendsten Stadtteile sich gegen die Pläne der Stadt auflehnte. Sie lösten eine Medienkampagne aus, die weit über Heidelberg hinaus ging. U.a. empörte sich „Die Welt am Sonntag“⁴⁶, es gab eine Unterschriftenliste, die von 300 im Umkreis der geplanten Asylunterkunft wohnenden Personen unterschrieben wurde, darunter ein Nobelpreisträger.⁴⁷ Man ging vor Gericht, aber die Klage gegen die Bebauung wurde vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg negativ entschieden. Teilweise beschämend, teilweise falsch sind die Argumente der Beschwerdeführer*innen in einem Brief an die Stadt. Diese dürfe nicht die Interessen der Asylbewerber (kurze Wege zur Stadt oder Schule) in den Vordergrund und die Interessen der Bürger hintan stellen. Die Ansiedlung führe zur „Zerstörung des bisher intakten sozialen Umfelds“. Die Unterzeichner*innen hätten nichts einzuwenden gegen die vorübergehende Ansiedlung politisch Verfolgter, aber das seien nur 4% aller Geflüchteten. Hier wurden die Bürgerkriegsflüchtlinge, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen werden müssen, gegenüber denen, die nach dem Grundgesetz Asyl erhalten, diskriminiert. In der öffentlichen Diskussion wurden diese Menschen meist als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diffamiert.

Die Stadt hat aber auch viel Unterstützung von anderen Gruppen von BürgerInnen erhalten. Ein offener Brief, „Es sind Menschen wie du und ich“, appellierte an das Mitgefühl der besorgten Anwohner*innen, in dem er an die Not der Menschen, die vor den Kriegsgefahren geflohen sind, erinnerte. In Heidelberg solle eine „Asylkonfrontation wie in anderen Städten durch

43 Informationsvorlage für den Sozialausschuss, Drucksache 861/92

44 Ebd.

45 RNZ Artikel undatiert ca. 1993, AAK

46 Welt am Sonntag, Artikel ohne Datum, AAK

47 Brief an die Stadträt*innen vom 7.10.1992 mit Auszug aus der angehängten Unterschriftenliste, AAK

bürgerschaftliche Gespräche und Kompromissbereitschaft vermieden“ werden.⁴⁸ Auch die Asylinitiative Neuenheim macht ein Gesprächsangebot an die betroffenen Anwohner*innen. Oberbürgermeisterin Beate Weber bedankte sich in einem offenen Brief vom 13. Oktober 1992 für die Unterstützung: „Da der Unwille, der Protest und die Ablehnung – vor allem von Menschen, von denen man es am wenigsten erwartet – noch nicht überwunden sind, ist die Hilfe möglichst vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger dringend erforderlich.“ Zu einer hitzigen Debatte kam es bei einer Gemeinderatssitzung, zu der neben einigen Beschwerdeführer*innen auch Vertreter*innen des AsyLAK eingeladen waren, der sich um ein moderates Klima zwischen den Parteien bemühte. Von schlimmen rassistischen Ausfällen berichtete die RNZ: „Diese Leute aus fremden Kulturkreisen gefährden die Sicherheit unserer Bürger“; „die haben hier nichts zu suchen“, „eine Wertminderung unserer Häuser“, „diese Leute haben andere Eigentumsverhältnisse. Wir können sie nicht resozialisieren.“ Einer sah den Betrieb des Elisabeth-Krankenhauses beeinträchtigt, weil Krankenschwestern nicht mehr an den Asylhäusern vorbeigehen würden.⁴⁹

Schließlich kam es zu einem Kompromiss, aber nicht weil die Stadt nachgab, sondern weil sich die Voraussetzungen geändert hatten: In der Folge der Asylrechtsänderung kamen weniger Flüchtlinge, so dass es weniger Bedarf gab. Es wurden Mobil Homes für 32 Personen errichtet.⁵⁰

Inzwischen ist längst Gras über die Geschichte gewachsen, im buchstäblichen Sinn, denn die Mobil Homes sind abgerissen und Familienwohnungen mit Gärten auf dem Gelände errichtet.

Es gab in dieser bewegten Zeit gleichwohl Zeichen starker Solidarität mit Flüchtlingen und andern Opfern von rassistischen Angriffen. Nach den Mordanschlägen in Mölln am 23.11.1992 kamen bei einer von der GAL-Fraktion organisierten Demonstration 5000 Menschen zusammen, mehr als je zuvor bei einer Demonstration in Heidelberg. Neben Repräsentant*innen der Stadt, der Parteien und der Kirchen war auch das „Heidelberger Bündnis für Asyl und gleichberechtigtes Zusammenleben“ mit einer Rede vertreten.

Kirchenasyle

Während der 90er Jahre kam es in Heidelberg zu mehreren Kirchenasylen, die Geflüchtete vor einer als unmenschlich empfundenen Abschiebung schützen sollte. Familie K. wurde auf die Initiative des Diakonischen Werks und des AsyLAK von der evangelischen Gemeinde in Rohrbach-West im Dezember 1992 in Obhut genommen. Die K.s, ein kurdisches Ehepaar aus der Türkei mit zwei kleinen Kindern, sind Kurden aus der Türkei, deren Klage gegen die Ablehnung ihres Asylgesuchs negativ entschieden worden war und die vor der Abschiebung standen, hatten begründete Angst, dass sie gleich bei ihrer Rückkehr verhaftet und gefoltert würden. Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, berufen sich auf die Christliche Beistandspflicht, zu der die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ein Thesenpapier beschlossen hatte. „Sie gilt auch gegenüber Menschen, die sich durch ...Abschiebung an Leib und Leben bedroht sehen und sich deswegen um Hilfestellung an einzelne Christen,...eine Kirchengemeinde oder die Kirche wenden.“⁵¹ „Beistand ist kein Widerstand gegen die Rechtsordnung“⁵² Das Thesenpapier betont zugleich, dass durch ein Kirchenasyl Zeit gewonnen werden soll, um eine Abschiebungsentscheidung im Einzelfall zu überprüfen.

Ein Kirchenasyl ist eine große Herausforderung für alle Beteiligten, für die Geflüchteten selbst, die die kirchlichen Räume über Wochen, manchmal Monate nicht verlassen dürfen und weiterhin unter Angst vor Abschiebung sind, für die Kirchengemeinde und alle anderen Unterstützer*innen, also

48 RNZ, 15.10.1992

49 RNZ, ohne Datum, AAK

50 RNZ, ohne Datum (April 94), AAK

51 „Es gibt eine christliche Beistandspflicht“ 10 Thesen der Evangelischen Kirche im Streit um das Kirchenasyl für Flüchtlinge, These 1, AAK

52 Ebd., These 2

u.a. den AsylAK, die eine Betreuung meist rund um die Uhr organisieren müssen, sich um die Kommunikation mit den Behörden und dem Anwalt, um die Öffentlichkeitsarbeit und die ganz konkrete Versorgung der Familie mit Lebensmitteln kümmern müssen. Vertreter*innen der genannten Beteiligten trafen sich regelmäßig zu Besprechungen. Für den Notfall, d.h. für den Fall, dass die Polizei zur Abschiebung kommt, war eine Telefonkette vorgesehen: Möglichst viele HelferInnen sollten sich nacheinander benachrichtigen und vor Ort zusammen kommen, um Zeug*innen der Abschiebung zu sein. Die gerade in der Kirche anwesenden Helfer*innen würden in einem solchen Fall mit der Familie einen Gottesdienst feiern, denn nach dem Gesetz darf die Polizei einen Gottesdienst nicht stören. Das Kirchenasyl fand während der Weihnachtszeit statt. Die Verfasserin hat selbst an der Betreuung in diesen Tagen teilgenommen und erinnert sich an eine sehr bewegende Zeit mit den K.s und den Mitarbeiter*innen. Nach einer weiteren gerichtlichen Überprüfung ihres Falles erhielten die K.s einen Aufenthaltstitel.

Von März bis Juli 1994 gab es ein weiteres Kirchenasyl in Heidelberg, diesmal in der Friedenskirche in Handschuhsheim. Flüchtlingsarbeit allgemein, insbesondere aber Kirchenasyle, sind Schnittstellen zwischen Bundes- und Landespolitik auf der einen Seite und dem Engagement der städtischen Zivilgesellschaft auf der anderen. In beiden genannten Fällen war es die erbarmungslose Politik der Bundesregierung und die harte Rechtsprechung der Gerichte gegenüber Kurden aus der Türkei, die zur Inobhutnahme in der Kirche führten. Der junge I. war in der Türkei zweimal inhaftiert und gefoltert worden, weil er an der Trauerfeier für den ermordeten Rechtsanwalt und Vorsitzenden der gemäßigten kurdischen Partei HEP, Vedat Aydin, teilgenommen hatte. Mit der Folter sollten die Namen seiner politischen Freunde erpresst werden. I. gab sie nicht preis, ging aber zum Schein auf das Angebot ein, für die Polizei als Spitzel zu arbeiten, woraufhin er freigelassen wurde. In dieser Situation blieb ihm nur die Flucht⁵³. Im Gerichtsverfahren hielt man seine Angaben durchaus für glaubwürdig, begründete aber die Ablehnung seiner Klage auf die Anerkennung als Asylberechtigter wie folgt: „Diese Folterungen in der Staatssicherheitsdirektion vermögen ein Bleiberecht des Klägers gestützt auf das Asylgrundrecht nicht zu begründen“, da I. an einer „verbotenen Demonstration teilgenommen“ habe.⁵⁴ Die Kirchengemeinde zusammen mit dem Asyларbeitskreis entfalten eine vielfältige politische Aktivität, um einen legalen Aufenthaltsstatus für I. zu erreichen. Gemeinsam richteten sie eine Petition an die Landes- und die Bundesregierung und sammelten Unterschriften dafür. Es kamen schließlich 9000 Unterschriften zusammen. Die Petition argumentierte vor allem mit der Gefahr für Leib und Leben, die I. bei einer Rückkehr drohe. Einzelpersonen sowie verschiedene Fraktionen des Gemeinderats wurden gebeten, Briefe an den Innenminister von Baden-Württemberg, Frieder Birzele, zu richten. Die Gemeinde wandte sich an die Landeskirche, die mit einer grundsätzlichen Erklärung zum Kirchenasyl reagierte: Es könne Situationen geben, „in denen Christen nach bestem Wissen und Gewissen zu der Überzeugung kommen, dass eine nach staatlichem Recht zulässige Abschiebung die Betroffenen der Gefahr (Folter) aussetzt oder sogar in Lebensgefahr bringt“⁵⁵.

Das Kirchenasyl konnte glücklich beendet werden, dem Folgeantrag von I. wurde stattgegeben und er erhielt das sog. kleine Asyl (Aufenthaltsbefugnis). Es gab jedoch noch ein Nachspiel: Der kirchliche Segen für die Gemeinde hinderte einen Bürger aus Handschuhsheim nicht daran, die beiden Pfarrer, Gerhard Liedke und Stephan Ramsauer bei der Kriminalpolizei anzuzeigen. Sie teilte den beiden Pfarrern mit, dass sie im Auftrag der Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Vergehens gegen das Ausländergesetz aufnehmen müsse⁵⁶. Es kam zu einem Gespräch von Ältesten der Gemeinde mit Kriminalpolizisten, bei dem es vor allem darum ging, dass die Namen und Adressen der Mitglieder des Kirchengemeinderats herausgegeben werden müssten. Das wurde

53 Petition vom 15.3.1994, AAK

54 Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe Az.:A 1 K 14489/93

55 Stuttgarter Zeitung, 15.4.1994

56 Brief der Evang. Kirchengemeinde Handschuhsheim an den Evang. Oberkirchenrat, vom 21.9.1994

jedoch verweigert. Im September 1995 wurden die Ermittlungen dann aber eingestellt.⁵⁷

Es gab im Laufe der 90er Jahre noch zwei weitere Kirchenasyle in Heidelberg, eines in der Christuskirche und eines in der Blumhardt-Gemeinde in Kirchheim, beide für iranische Familien, die oppositionellen Gruppen im Iran angehört hatten und bei ihrer Rückkehr mit Verhaftung rechnen mussten. Herr K. war aktives Mitglied der Volksmudschaheddin, die im Iran als Feind Nummer eins galten. Frau K. hatte Flugblätter verteilt. Die Bs hatten sich für die Wiedereinführung einer konstitutionellen Monarchie eingesetzt. Vor allem der starken Öffentlichkeitsarbeit des AsylAK und des Diakonischen Werks war es zu verdanken, dass beide Familien in Deutschland bleiben durften. Im Fall der Familie K. argumentierte das Verwaltungsgericht, dass sie nun so bekannt geworden sei, dass sie dadurch im Iran mit Bestrafung rechnen müsse, und verpflichtete das Bundesamt zu einem Folgeverfahren, das schließlich positiv ausging.⁵⁸ Der Anlass für das Kirchenasyl von Familie B. war, dass sie auch während der Zeit ihres Gerichtsverfahrens keine Duldung erhielt und deshalb unmittelbar von Abschiebung bedroht war. Im ersten Gerichtsverfahren wurde ihr übel genommen, dass sie in Deutschland in ihrer Exilorganisation politisch tätig war. Aber gerade das rief den Widerstand des AsylAK hervor: „Nicht zuletzt geht es auch darum, ein Zeichen für das Recht auf freie Meinungsäußerung zu setzen. Denn dieses Recht steht auch ausländischen Flüchtlingen zu, die in ziviler Weise ihre politische Überzeugung öffentlich darstellen möchten,“ heißt es in der Petition an den Bundestag für die Familie.⁵⁹ Das Gericht entschied in diesem Sinn und die Familie erhielt das kleine Asyl. Die Kirchenasyle haben zweifelsohne eine Wirkung auf die Heidelberger Gesellschaft gehabt. Durch sie bekamen Flucht und Asyl ein Gesicht. Es war nicht mehr die anonyme Masse der Flüchtlinge, die in den Medien erschien, sondern einzelne Personen mit ihrem Schicksal und ihrer Not. Die Zustimmung der Bevölkerung überwog bei weitem einzelne kritische oder ausländerfeindliche Stimmen.

Es gab noch weitere Kirchenasyle im Laufe der Zeit. Das mit der längsten Dauer, etwa acht Monate, fand 2001 in der Ev.-Luth. Gemeinde in St.Thomas statt und schützte erfolgreich eine Roma-Familie vor der Abschiebung nach Albanien.

Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes

1993 war eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes beschlossen worden, die nicht nur eine Kürzung der Zuwendungen unterhalb des Sozialhilfeniveaus vorsah, sondern auch, dass die lebensnotwendigen Dinge als Sachleistungen ausgegeben werden sollten. Im ersten Jahr ihres Aufenthalts wurden nun Lebensmittelpakete, Hygieneartikel, in einigen Bundesländern auch Kleidung an die Geflüchteten verteilt. Sie erhielten außerdem ein Taschengeld von 80 DM⁶⁰. Diese Maßnahmen wurden von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Asylinitiativen heftig kritisiert. Das „Heidelberger Bündnis für Asyl und gleichberechtigtes Zusammenleben“ zusammen mit seinen aktivsten Mitgliedern, dem AsylAK, sowie dem Diakonischen Werk und der Caritas Heidelberg, initiierte eine bundesweit bis dahin einmalige Aktion, „Rückkauf von Menschenrechten“.⁶¹ Im Rhein-Neckar-Kreis war die Paketverpflegung im Januar 1994 bereits eingeführt worden. Das Bündnis kam nun auf die Idee, einigen dort wohnenden Asylbewerber*innen ihre Pakete abzukaufen und an Heidelberger Bürger*innen weiter zu verkaufen, um auf das neue Asylbewerberleistungsgesetz, seine Folgen für die Geflüchteten und für die Gesellschaft allgemein aufmerksam zu machen. Im Aufruf zur Aktion heißt es: „Alle, die sich mit Flüchtlingen solidarisch erklären, werden gebeten, sich eine Woche lang aus Lebensmittelpaketen zu ernähren und danach über ihre Erfahrungen zu berichten. Es wäre wünschenswert, dass sich vor allem auch Prominente

57 Brief der Staatsanwaltschaft Heidelberg an Pfarrer Gerhard Liedke vom 05.9.1995, AAK

58 RNZ, ohne Datum (Anfang 1997), AAK

59 Petition des Asylarbeitskreises der Blumhardtgemeinde, Februar 1997, AAK

60 <https://de.wikipedia.org/wiki/Asylbewerberleistungsgesetz>, aufgerufen 20.6.2020

61 Pressemitteilung des Asylarbeitskreises 26.1.1994, AAK

(aus Politik, Kirche, Stadt, Fachleute wie Ärzte, Ernährungswissenschaftler) daran beteiligen.“⁶² Am 9. Dezember 1993 fand eine Auftaktveranstaltung statt, auf der man, ganz um Objektivität bemüht, beide Seiten zu Wort kommen ließ – Wolfgang Weber, den Referenten für Ausländer in der evangelischen Landeskirche Baden und Wolfgang Piorkowski, Leiter der Asylstelle Heidelberg, der die gesetzlichen Vorgaben verteidigen musste. Wolfgang Weber warnte eindringlich vor den Folgen für die Gesellschaft im Allgemeinen, wenn eine Gruppe von Menschen vom Sozialstaatsprinzip ausgeschlossen werde und weniger erhalte als das, was vom Bundessozialhilfegesetz (BSGH) als Existenzminimum angesehen werde. Für die aktiven Mitarbeiter*innen des Bündnisses war nun ein großer organisatorischer Aufwand zu bewältigen: Es musste Kontakt mit Flüchtlingen im Rhein-Neckar-Kreis aufgenommen werden, es mussten Personen gefunden werden, die nicht nur der Aktion wohlwollend gegenüberstanden, sondern auch bereit waren, das Geld für die Pakete zu bezahlen und sich eine Woche von den Inhalten zu ernähren, der Kauf der Pakete und ihr Transport zum Diakonischen Werk musste getätigt werden, wo die Probanden sie abholten – manchen wurden sie auch ins Haus gebracht. All das duldeten keinen Aufschub, weil die Pakete verderbliche und tiefgefrorene Lebensmittel enthielten. Außerdem musste die Öffentlichkeitsarbeit weitergeführt, Informationsstände organisiert und Lobbyarbeit gemacht werden. Ein besorgter Brief, der an die Bundesministerin für Familie und Senioren sowie an den Innenminister von Baden-Württemberg ging, war von den Heidelberger Dekanen der katholischen und evangelischen Kirche, von den Leitern von Caritas und Diakonischem Werk Heidelberg und dem DGB Region Nordbaden unterzeichnet worden.⁶³

Mit dem Titel „Gegessen wie Asylbewerber“ lud das Bündnis zu einer weiteren Veranstaltung ein, auf der die Aktion „Rückkauf von Menschenrechten“ ausgewertet wurde.⁶⁴ Sie wurde von Thomas Bormann vom Süddeutschen Rundfunk moderiert. Der Eindruck der 58 Testesser ergab insgesamt ein sehr negatives Bild. 58 Personen hatten die Pakete gekauft, 25 hatten durchgehalten und sich eine Woche lang davon ernährt. Die meisten fanden die Versorgung nicht ausreichend und die Zusammensetzung mangelhaft. Durchschnittlich wurden für 20 DM ergänzende Lebensmittel dazugekauft, so viel wie ein Asylbewerber in der Woche als Taschengeld erhielt. Aber es ging ja gar nicht nur um den Inhalt der Pakete, sondern um die diskriminierende Behandlung von Menschen, die bei uns Schutz suchen. Wenn Flüchtlinge nicht selbst einkaufen und sich keine Mahlzeit nach ihrem Geschmack zubereiten können, dann schränkt das ihr Selbstbestimmungsrecht erheblich ein. Wenn sie die Pakete abholen, werden sie als Asylbewerber*innen erkannt und oft genug als „Wirtschaftsflüchtlinge“ beleidigt. Ein Asylbewerber, der zur Vorstellung der Aktion eingeladen war, berichtete, auf Ämtern und in der Straßenbahn begegnete man ihm, als sei er „wegen des Essens“ [gekommen, aber] „wir kommen aus einer Diktatur“. Besonders gravierend wurde aber von den Flüchtlingshelfer*innen angesehen, dass die Paketverpflegung einzig und allein der Abschreckung diene, wie die Politiker ausdrücklich erklärten. So müssten die Flüchtlinge, die hier lebten, als Sündenböcke herhalten für die, die ferngehalten werden sollten.⁶⁵ Mit jedem Paket zeige man ihnen, dass sie hier nicht erwünscht seien. Wegen des Verwaltungsaufwands kostete die Versorgung mit Sachleistungen den Steuerzahler allein in Baden Württemberg 60 Millionen DM pro Jahr mehr, als wenn Bargeld ausgezahlt worden wäre.⁶⁶

Die Heidelberger Aktion fand ein großes überregionales Echo. Die Stuttgarter Zeitung, die Frankfurter Rundschau, die taz, die Badische Zeitung, um nur einige zu nennen, berichteten darüber und sie wurde in vielen Städten nachgeahmt. Nicht von allen wurde sie positiv aufgenommen: An den Ständen begegnete den Aktivist*innen häufig Ablehnung: „Die Asylbewerber sollen froh sein,

62 Schreiben des Bündnisses für Asyl und gleichberechtigtes Zusammenleben u.a. an seine Mitglieder Dezember 1993, AAK

63 31.3.1994, AAK

64 Einladungsflyer des Bündnisses für Asyl und gleichberechtigtes Zusammenleben und der Volkshochschule zum 2.3.1994

65 RNZ, 20.4.1994

66 RNZ, 25.4. 1994

dass sie hier sind und sich nicht noch über das Essen beschweren.“⁶⁷ Das Sozialamt des Rhein-Neckar-Kreises drohte den Mitarbeiter*innen des AsylAK mit einer Anzeige wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung, wenn sie Flüchtlingen Pakete abkauften. Das „Sonntagsblatt“ warf den Initiator*innen „moralischen Rigorismus“ vor.⁶⁸

Zum Erfolg hat die Aktion nicht geführt, aber sie hat ein Zeichen gesetzt für die Heidelberger Bevölkerung und das Sozialamt, das mit der Wachsamkeit der für Asyl Engagierten rechnen musste. Die Paketverpflegung wurde im April 1994 eingeführt und verdarb den Flüchtlingen noch 15 Jahre lang den Appetit.

Protest gegen Abschiebung

In den 90er Jahren beschäftigte auch die Situation im Kosovo den AsylAK und andere im Bündnis zusammengeschlossene Organisationen. Nach der Aufhebung der politischen und kulturellen Autonomie des Kosovo 1990 begann eine konsequente Serbisierung: Alle kosovarisch-albanischen Polizisten wurden ersetzt durch serbische, Kosovo-Albaner verloren zu 70% ihre Arbeit in der Verwaltung und in der öffentlichen Wirtschaft, es kam zu willkürlichen Verhaftungen und Folter. In den Schulen wurden die Lehrpläne geändert und das Albanische auf ein Minimum reduziert.⁶⁹ Als besonders belastend empfanden albanischen Männer den Militärdienst, der sie verpflichtete, gegen Bosnien zu kämpfen und bei dem es immer wieder zu ungeklärten Todesfällen kam.⁷⁰ Diese Lage trieb Kosovo-Albaner in großer Zahl in die Flucht. Ihre Chance auf Asyl war gering, Wehrdienstverweigerung galt nicht als Asylgrund. Als Vorsitzende des Bündnisses hat sich die Verfasserin – zusammen mit dem Asylarbeitskreis, dem Diakonischen Werk und dem Ausländerrat – besonders um eine Familie aus dem Kosovo gekümmert, die Familie A., die seit drei Jahren im Oftersheimer Weg lebte. Sie hatte nach Ablehnung ihres Asylantrags eine Ausreiseaufforderung erhalten, konnte der aber nicht nachkommen, weil Serbien sich bis dahin geweigert hatte, Kosovo-Albaner zurückzunehmen. Deshalb traf es sie ganz unvorbereitet, als sie mit ihren drei noch sehr kleinen Kindern abgeholt und ohne Vorankündigung in ein Flugzeug nach Tirana gesetzt wurde.⁷¹ Als Unterstützer*innen der Familie Geld schickten, konnte sie es nicht in Empfang nehmen, weil der einzige Personalausweis der Familie, der von Frau A., in der Ausländerbehörde liegengeblieben war und sie sich deshalb nicht ausweisen konnte.⁷² Das bedeutete, dass die Familie, die im fremden Land keine Kontakte hatte, drei Wochen auf der Straße leben musste. Dieser Umgang mit Menschen empörte die Unterstützer*innen. Sie gaben eine Presseerklärung heraus⁷³, schrieben Briefe an den Landesinnenminister, an die Heidelberger Ausländerbehörde, an den UNHCR, sie veranlassten eine Resolution des Ausländerrats zu dem Vorfall⁷⁴. Unter anderen wandte sich der Landtagsabgeordnete Dietrich Hildebrandt an das Regierungspräsidium und erhielt die behelrende Antwort, die Kosovo-Albaner gehörten ja der gleichen Ethnie wie die Albaner an und hätten in Albanien die gleichen Rechte und die Familie könne ja über die grüne Grenze zurück in den Kosovo gelangen.⁷⁵ Dass die Familie ohne Ausweis nicht über die Grenze gelangen konnte, interessierte das Regierungspräsidium nicht. Als besonders unfair empfanden die Unterstützer*innen damals, dass diese Abschiebung unmittelbar vor Abschluss des Rücknahmeabkommens mit Serbien geschah. Das Schicksal der Familie A. teilten viele Kosovo-Albaner*innen.

67 Aufbruch, 12/24

68 Sonntagsblatt, 18.3.1994

69 <https://de.wikipedia.org/wiki/Kosovo>, aufgerufen 5.5.2020

70 Wurde mir mehrfach von Flüchtlingen aus dem Kosovo erzählt

71 RNZ, 25.9.1996

72 RNZ ohne Datum ca.27.09. 1996, AAK

73 RNZ 25.09.1996

74 Resolution vom 17.10.1996, gerichtet an Stadtverwaltung, an Bundesregierung und an die Lufthansa, AAK

75 Brief von Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle an Dr. Dietrich Hildebrandt MdL vom 14.11.96, AAK

Das Bündnis organisierte zwei Veranstaltungen zum Thema Kosovo in der Volkshochschule. Die erste mit dem Titel „Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge um jeden Preis?“ fand am 24. Juni 1996 statt und sollte in erster Linie Information, die in der Presse zu kurz kam, vermitteln, zugleich aber auch Solidarität mit den Flüchtlingen aus dem Kosovo demonstrieren, die von Abschiebung bedroht waren.⁷⁶ Diese waren dann auch zahlreich zu der Veranstaltung erschienen. Nach Auffassung des Bündnisses erlaubte die politische und die Menschenrechtslage im Kosovo damals keine Abschiebungen. In diesem Sinn sprachen Muje Rugova Vorstandmitglied der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), die sich mit gewaltlosem Widerstand für die Autonomie des Kosovo einsetzte, die Bundestagsabgeordnete Angelika Köster-Lossack und Pfarrer Wolfgang Weber.⁷⁷

Seit Anfang 1997 spitzte sich die Lage tatsächlich gefährlich zu. Es gab eine zweite Veranstaltung am 30. Juni zur drohenden Kriegsgefahr im Kosovo. Flüchtlingsorganisationen fürchteten, dass u.a. die Abschiebungen in den Kosovo, die nach dem Rücknahmeabkommen in großer Zahl stattfanden, zur Verschärfung der Krise beitragen könnten. Auf dem Papier war eine Rückkehr „unter voller Achtung der Menschenrechte und Würde der zurückkehrenden Personen“ zugesagt, aber da keine Institutionen zur Überwachung des Abkommens vorgesehen waren – die OSZE war 1993 aus Serbien herausgeworfen worden – konnte man dieser Zusicherung nicht trauen.⁷⁸ Bei der Veranstaltung waren wichtige Institutionen vertreten: die Kosovoregierung im Exil (Peter Coli), der Bundestag und die OSZE (MdB Gerd Weiskirchen), das Auswärtigen Amt (Bernd Borchardt) und die Helsinki Citizens' Assembly (Renate Wanie). Mitveranstalter war neben den im Bündnis organisierten Institutionen auch der Deutsch-Albanische Verein VATRA. Die Referent*innen diskutierten darüber, was Deutschland und die EU zur Entspannung der Lage beitragen könnten.⁷⁹

Im Rahmen des Bündnisses fanden bis 2000 noch mehrere Veranstaltungen und Aktionen statt, u.a. zur Bildung von zugewanderten Kindern, zur doppelten Staatsbürgerschaft und zur Arbeitssituation von Migrant*innen. Am 9. November, dem Gedenktag der Pogromnacht, wurde zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen: „Wir wollen angesichts der massiven Gewalt und offenen Fremdenfeindlichkeit nicht wieder – wie 1938 – in Resignation verfallen.“⁸⁰

Der Protest der für Asyl Engagierten gegen Abschiebungen bezog sich nicht nur auf den Kosovo. Zunehmend wurden Fälle bekannt, die „eine unzumutbare Härte für die Betroffenen darstellten, entweder wegen ihrer persönlichen Lage oder wegen der ihnen im Herkunftsland drohenden Gefahr,“ heißt es in einer Presseerklärung des Bündnisses bereits 1994. Sie zitiert Dieter Berberich von der Polizeigewerkschaft, der auf die Gewissensnöte von Polizeibeamt*innen hinwies, die Flüchtlinge in Kriegs- und Krisengebiete abschieben müssen. Ein Abschiebestopp wurde für verschiedene Länder gefordert, vor allem für Kurden und Christen aus der Türkei.⁸¹ Prominente sollten gesucht werden, die in solchen besonders gravierenden Fällen im Vorfeld drohender Abschiebungen öffentlich protestieren.

Als ein solcher Fall wurde die Abschiebung einer jungen Kurdin aus der Türkei empfunden.⁸² Fena „Neshe“ Özmen war als zwölfjährige nach Heidelberg zu ihrem Bruder gekommen, der als asylberechtigt anerkannt war, weil er sich in der Türkei politisch betätigt hatte und dafür Folterung erlitten hatte. Er kam für ihren Unterhalt auf. Neshe (die Fröhliche), wie ihre Lehrerin sie genannt hatte, weil „Fena“ die Unerwünschte bedeutet, war seit drei Jahren in Heidelberg, sprach fließend Deutsch und hatte einen Ausbildungsplatz als Zahnarthelferin erhalten, als sie abgeschoben wurde und zwar mit brutaler Härte. Der Lufthansa-Pilot weigerte sich, das weinende Mädchen mitzunehmen. Vom Frankfurter Flughafen wurde sie deshalb in Begleitung zweier Polizistinnen

76 RNZ, 9.7.1996

77 Flyer zur Veranstaltungsankündigung

78 Frankfurter Rundschau, 11.10.1996

79 Flyer der Veranstaltung

80 Aufruf anlässlich des 9. November 2000, AAK

81 Presseerklärung des Bündnisses, AAK, und RNZ, 6.6.1994

82 RNZ 10.7.1997

nach Köln gebracht, damit sie noch am selben Tag von einem willigen Piloten nach Ankara abgeschoben werden konnte. Niemand nahm die 16jährige dort in Empfang, Familienmitglieder waren nicht benachrichtigt worden. Sie wandte sich schließlich an eine Menschenrechtsorganisation. Diese erbarmungslose Durchsetzung des Rechts löste in Heidelberg große Empörung aus. Der AsylAK und das Diakonische Werk protestierten; in einer Presseerklärung fordern sie, „endlich Formalismus durch Menschlichkeit zu ersetzen.“⁸³ Mit einer großen Demonstration bekundeten Heidelberger Bürger*innen ihre Solidarität mit Neshe; es gab während langer Zeit wöchentliche Mahnwachen auf dem Bismarckplatz, eine Petition wurde eingereicht. Besonders beeindruckend war die eindeutige Stellungnahme der RNZ für Neshe.⁸⁴ Die Unterstützer*innen der jungen Kurdin hatten überzeugende Argumente: Bei ihr liege ein Härtefall vor, denn mit der Abschiebung greife man brutal in die Lebensperspektive des jungen Mädchens ein, sie habe in ihrem durch den türkischen Staat zerstörten Dorf keine Bleibe, sie habe auch keinen Familienrückhalt, die NGO, bei der sie zunächst untergekommen sei, sei selbst gefährdet, und als Kurdin und Schwester eines Oppositionellen sei sie auch politisch nicht sicher.⁸⁵ Der Petitionsausschuss lehnte die Wiedereinreise ab und bot einen faulen Kompromiss an: Neshe solle ein Visum erhalten, um ihren Bruder für drei Monate besuchen zu können. Der Stadtrat und Landtagsabgeordnete Werner Pfisterer verteidigt die unbarmherzige Entscheidung. Für eine dauerhafte Einreise „besteht auch nach wiederholter Rechtsprüfung keine Möglichkeit“. Über das weitere Schicksal von Neshe wurde nichts in der Öffentlichkeit bekannt.

Gesetzesverschärfungen und verstärkte Zusammenarbeit des AsylAK mit der Stadt

Am 29. Oktober 1996 feierte der Asylarbeitskreis sein zehnjähriges Bestehen. Auf welches Datum sich die zehn Jahre beziehen, ist nicht ganz klar, die Vereinsgründung war ja erst 1991 erfolgt. Wahrscheinlich war es die Zeit, als sich die Amnesty-Asyl-Gruppe entschloss, seine Tätigkeit über das enge Amnesty-Mandat hinaus zu erweitern und einen eigenen Kreis zu gründen, Überlegungen, die 1987 in der Gründung des „Asylarbeitskreises Humanes Exil“ mündete. Das Jubiläum wurde mit einem „multikulturellen Fest für ein internationales, tolerantes und buntes Heidelberg“ gefeiert, bei dem Bürgermeister Jürgen Beß ein Grußwort sprach und kurdische Live-Musik spielte. Vera Mercan (vorher Spindler), die zehn Jahre lang Vorsitzende war, gab einen Rückblick auf den Kampf des AsylAK gegen die ausländer- und sozialrechtliche Schlechterstellung der asylsuchenden Flüchtlinge.

1997 verschärfte sich die Lage der Asylbewerber abermals: eine Kürzung der Leistungen um 20% wurde eingeführt, ein totales Arbeitsverbot, ein neues „FlüAG“ (Flüchtlingenaufnahme- und Unterbringungsgesetz) schrieb die Unterbringung in Sammellagern zwingend vor, und die Sozial- und Verfahrensberatung durfte nicht mehr durch die Wohlfahrtsverbände, sondern musste durch Sozialarbeiter*innen der Stadt durchgeführt werden. Diese durften aber nur formal auf das Asylverfahren vorbereiten, außerdem gab es viel zu wenige, um dem Bedarf gerecht zu werden. Bis dahin hatten zwei Mitarbeiter*innen der Caritas ihr Büro im Hotel Metropol in der alten Eppelheimer Straße, die je vier Stunden täglich für Flüchtlinge erreichbar waren; sie konnten individuell auf die Anhörung vorbereiten und mit Rechtsanwält*innen zusammenarbeiten. Der AsylAK musste nun sein Beratungsangebot verstärken. Die evangelische Landeskirche kam für die Kosten von Rechtsanwalt Berthold Münch auf, der einmal in der Woche eine Sprechstunde in den Räumen des AsylAK anbot. Er wurde dabei viele Jahre von Gudrun Sidrassi-Harth unterstützt, die Protokoll schrieb und Recherchen zu bestimmten asylrelevanten Umständen in den Herkunftsländern machte, z.B. zur medizinischen Behandlung bestimmter chronischer Krankheiten.

1998 wurde eine weitere Schikane gegen Flüchtlinge geplant: Der Bundesrat brachte eine

83 Presseerklärung des Asylarbeitskreises ohne Datum, AAK

84 RNZ, 22.1.1998

85 RNZ, 4.8.1997

Gesetzesinitiative ein, die den geduldeten Flüchtlingen jegliche Unterstützung versagen sollte. Es ging dabei u.a. um Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan, Algerien, Jugoslawien, Somalia, um Kurden aus der Türkei und Albaner aus dem Kosovo, etwa 250.000 wären davon in Deutschland betroffen gewesen. Das Bündnis reagierte mit einer an die verantwortlichen Politiker gerichteten Briefaktion gegen diese Politik des Aushungerns.⁸⁶ Der einhellige Protest aller mit Flüchtlingen befassten Organisationen brachte den Plan zu Fall.

Was an Kürzungen und Verschärfungen durch Bund und Land diktiert wurde, bemühte sich die Stadt abzumildern: Oberbürgermeisterin Beate Weber initiierte 2000 die „Leitlinien zur Betreuung ausländischer Flüchtlinge“, die auf dem Stadtentwicklungsplan 2010 beruhen. Die Stadt war damals für fast 3000 Flüchtlinge (Asylbewerber, anerkannte Flüchtlinge, Geduldete) verantwortlich und Bürgermeister Jürgen Beß lud verschiedene Organisationen und Initiativen, die Flüchtlinge unterstützen, zu einem Runden Tisch ein, der in den Jahren 2001/2002 mehrfach zusammenkam. Vor allem ging es darum, die Chancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, die fast 50% der Flüchtlinge in Heidelberg ausmachten. So sorgte die Stadt z.B. dafür, dass Kinder, für die keine Schulpflicht bestand und für die vom Staat auch keinerlei finanzielle Hilfe bei der Einschulung vorgesehen war, eine Schultüte und eine Grundausstattung, die durch Privatspenden finanziert wurden, erhielten. Es ging außerdem um die sprachliche Förderung der Kinder im Vorschulalter und die Vorbereitung der Jugendlichen auf eine Berufsausbildung.⁸⁷

Ein wichtiges Ergebnis der Leitlinien ist ein Kooperationsvertrag, den die Stadt mit dem Asylarbeitskreis schloss. Damit begann 2001 eine neue Ära der Asylarbeit in Heidelberg. „Ziel dieses Vertrags ist es, das Bürgerschaftliche Engagement zu organisieren und zu koordinieren, Angebote in der Freizeitgestaltung und außerschulischen Betreuung von Flüchtlingskindern zu machen und Dolmetscher im Rahmen der sozialen Betreuung zu organisieren.“⁸⁸ Dafür bezahlte die Stadt bescheidene acht Wochenstunden einer Sozialarbeiter*innenstelle. Susanne Sommer, die noch heute für den Asylarbeitskreis tätig ist, übernahm diese Aufgabe. Hier wurde eine neue Einstellung der Stadtverwaltung gegenüber Flüchtlingen sichtbar: Sie machte keinen Unterschied im Status der Flüchtlinge. Bisher war die Devise: keinerlei Integration, solange Flüchtlinge nicht als asylberechtigt anerkannt sind, dies galt jetzt nicht mehr. Die RNZ nannte das Ziel des Kooperationsvertrages: „Neue, gemeinsame Wege wollen die beiden [Stadt und Asylarbeitskreis] beschreiten, um Flüchtlingen das Leben in Deutschland ein wenig leichter zu machen und gleichzeitig dem Fremdenhass entgegenzuwirken.“⁸⁹ Ganz selbstlos und nur einer humaneren Politik verpflichtet ist der Kooperationsvertrag der Stadt auch wieder nicht, denn unter den vielen Aufgaben, die ehrenamtlich übernommen wurden, waren auch manche, um die die Stadt sich sonst selbst hätte kümmern müssen oder die, wenn sie ignoriert würden, zu sozialen Verwerfungen hätten führen können. Der Vertrag mit der Stadt war befristet und der AsylAK musste von Jahr zu Jahr bangen, ob er verlängert würde. Da die Arbeit mit den wenigen Stunden nicht zu leisten war, erhöhte der AsylAK die Arbeitszeit von Susanne Sommer durch Spendengelder.

Asylarbeit von 2001- 2015:

Willkommen unter schwierigen Bedingungen

Die Tätigkeiten des AsylAKs veränderten sich nicht grundsätzlich, sie wurden nun aber dank sozialpädagogischer Unterstützung umfangreicher und professioneller. Die Ehrenamtlichen kümmerten sich um Hausaufgaben- und Nachhilfe, sprachen mit den Lehrkräften, besuchten

⁸⁶ Brief des Bündnisse an die Mitglieder, April 1998, AAK

⁸⁷ Protokoll des Treffens (Amt für Soziale Angelegenheiten) 22.2.200, AAK

⁸⁸ Kooperationsvertrag der Stadt mit dem Asylarbeitskreis vom 1.7.2001, AAK

⁸⁹ RNZ, 11./12.8.2001

Elternabende mit den Geflüchteten. Manche engagierten sich bei einzelnen Familien, begleiteten sie z.B. zu Behörden, zum Arzt, halfen bei der Wohnungssuche und bei der Beschaffung von Möbeln, sobald die Familie aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen durfte, und halfen bei der Arbeitssuche. Deutschunterricht (zusätzlich zum Angebot der Stadt), Kinderfreizeiten in Heiligkreuzsteinach, für die Vera Mercan verantwortlich war, zusammen mit dem Diakonischen Werk und Ferienprogramme wurden von Ehrenamtlichen angeboten. Im Juli gab es regelmäßig ein Sommerfest auf dem Gelände der Unterkunft in der Henkel-Teroson-Straße mit Spielen, Grillen und Vorführungen, z.B. durch den Zirkus Konfetti, der Flüchtlingskinder zusammen mit Einheimischen trainierte. Um die Spielnachmittage in der Unterkunft kümmert sich bis heute Annette Kritzer mit großem Engagement. Sie war von 2005 bis 2008 Vorsitzende des AsylAK. Ehrenamtliche begleiteten Flüchtlinge auch zu den Anhörungen des BAMF nach Karlsruhe und zu Gerichtsverhandlungen. Sie hatten eine wichtige Kontroll-Funktion u.a. bei der Überprüfung der Protokolle der Anhörung.

Welche Geflüchteten Unterstützung brauchten, meldeten entweder die Sozialarbeiter*innen der Stadt dem Asylarbeitskreis. Auch die Mitglieder, die regelmäßig in den Unterkünften Besuche machten und mit den Flüchtlingen im Gespräch waren, sahen, wo Hilfe nötig war, und meldeten das der Koordinatorin. Dolmetscher*innen zu rekrutieren gehörte auch zum Vertrag mit der Stadt. Hier kam dem Asylarbeitskreis der Standort zu Hilfe: die internationale Stadt Heidelberg, in der nicht nur viele Migrant*innen leben, sondern auch viele ausländische Studierende. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen zur Gewinnung von Ehrenamtlichen, wie z.B. beim sog. Erstsemesterinfotag in der Universität, konnten leicht Freiwillige gefunden werden, die fremde Sprachen, auch weniger geläufige wie Urdu, Farsi oder Tigrinya sprachen. Oft konnte der AsylAK auch anderen Institutionen Dolmetscher*innen vermitteln.

Der Kooperationsvertrag hatte zur Folge, dass sich zwei weitgehend getrennte Bereiche der Asylarbeit entwickelten und auch zwei unterschiedliche Gruppen von Engagierten: einmal der Bereich, der durch die Zusammenarbeit mit der Stadt definiert war, und die Ehrenamtlichen, die eine bestimmte Aufgabe in der Betreuung wahrnahmen. Zum anderen gab es den Bereich der Vereinsarbeit durch die Mitglieder, d.h. die Planung von Aktivitäten, wie die Verfahrensberatung, die Organisation von Festen und Öffentlichkeitsarbeit, die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, die Vernetzungsarbeit und das politische Engagement. Beide Bereiche unterstanden dem Vorstand und dem Plenum der Mitglieder, die sich zwei Mal im Monat trafen. Viele waren in beiden Bereichen tätig. So wurden z.B. die Besuche bei den Flüchtlingen, die neu angekommen waren und über die Angebote des AsylAKs informiert wurden, von aktiven Mitgliedern des Vereins gemacht. Für alle Ehrenamtlichen fanden regelmäßig Qualifizierungsmaßnahmen durch das Diakonische Werk statt, die zeitweise über Projektgelder des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanziert wurden.⁹⁰

Die Arbeit des AsylAKs wurde 2001 gewürdigt durch die Verleihung des Friedenspreises der Stiftung Heidelberger Friedenskreuz. Er erhielt den Preis zusammen mit einer Schülerprojektgruppe der internationalen Gesamtschule, die sich mit dem Thema Zwangsarbeiter beschäftigte und mit Nico von Holtey, der Roma-Flüchtlinge unterstützte.

So positiv sich die Arbeitsbedingungen durch den Vertrag mit der Stadt gestalteten, so nachteilig wirkte sich ein anderer Umstand aus. Das geräumige Büro in der Landfriedstraße wurde 2001 gekündigt. Ersatz wurde beim katholischen Dekanat gefunden, das dem AsylAK eine sehr kleine Wohnung in der Plöck 101 vermietete. Sie bot nur eingeschränkt Platz für die Büroarbeit und die Beratungen. Die Plenen konnten dort nicht stattfinden. Sie wurden und werden bis heute in der nahegelegenen evangelischen Studierendengemeinde veranstaltet, die ihre Räume kostenlos zur Verfügung stellt; Termine mussten nun immer mit deren Bedürfnissen abgestimmt werden. Das Asylcafé wurde ins Hotel Metropol verlegt. Es bestand noch bis 2006.

⁹⁰ Vertrag zwischen Asylarbeitskreis und Diakonischem Werk, AAK

Bei zwei Projekten, die Flüchtlingen während des Verfahrens zugute kamen, beteiligte sich der AsylAK ab 2001: Quasie und Qualibike. Quasie⁹¹, ein von der EU finanziertes Projekt, sollte durch Sprachförderung und EDV-Kursen die berufliche Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorbereiten. Qualibike stellte Fahrradwerkstätten bereit, in denen Jugendliche und junge Erwachsene, die zu dieser Zeit einem dreijährigen Arbeits- und Ausbildungsverbot unterlagen, Fahrradreparatur zu erlernen und selbst auf diese Weise ein preiswertes Fahrrad erwerben konnten. Mit diesen beiden Projekten brach die EU ein Tabu, nämlich, dass Asylbewerber vor der Anerkennung keinerlei Integrationsmaßnahmen erhalten sollten.

Viel Sorgfalt und Phantasie hat der AsylAK jedes Jahr auf die Gestaltung des Tages des Flüchtlings Ende September/Anfang Oktober verwandt. Die Veranstaltung dazu ist nach wie vor die Visitenkarte des AsylAK. Eingeladen sind Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer*innen sowie Personen aus verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit. Vertreter*innen der Stadt, des Diakonischen Werks, und anderer Institutionen sprechen Grußworte, meist gibt es eine Rede zu einem aktuellen Thema oder Berichte von Flüchtlingen, Berichte aus der Arbeit des vergangenen Jahres, Live-Musik und ein internationales Büfett, zu dem Flüchtlinge und Helfer*innen gemeinsam beitragen. Während mehrerer Jahre hat Irene Santelmann eine Theater-AG angeboten und Feste mit Aufführungen bereichert. 2004 sprach die Literaturwissenschaftlerin Shogufa Malekyar, die selbst als Flüchtling aus Afghanistan nach Heidelberg gekommen war, über die afghanische Literatur und auf Goethe anspielend über die kulturelle Verwandtschaft von Orient und Okzident. Ali Varul und seine Band haben viele Male kurdische Musik zu den Festen beigetragen. 2005 gab es eine stark beachtete Fotoausstellung, die Porträts von Flüchtlingen zeigte, versehen mit ihren handschriftlichen Texten, welche ihre Wünsche und Hoffnungen ausdrückten. Fester Bestandteil der Veranstaltung sind aber auch Beiträge zur aktuellen Flüchtlingspolitik: die zunehmende Abschottung Europas, die dazu führt, dass Flüchtlinge das Recht auf die Stellung eines Asylantrags verwehrt wird, das Arbeitsverbot, die Sozialleistungen unterhalb die Existenzminimums, die Paketverpflegung. Durch die Berichte der Presse darüber versucht der AsylAK die Öffentlichkeit zu erreichen und um Verständnis für die Menschen, die bei uns Schutz suchen, zu werben.

Die praktische Tätigkeit des AsylAK profitierte sehr durch die neue Unterkunft in der Henkel-Teroson-Straße im Pfaffengrund, die 2006 feierlich eingeweiht wurde. Endlich war der Wunsch des AsylAK nach einem Gemeinschaftsraum erfüllt. Dort konnten nun Deutschunterricht in Gruppen, Nachhilfe für einzelne Schüler*innen, Sprechstunden, Theaterproben stattfinden. Die Wohnanlage galt als vorbildlich in Baden-Württemberg – unter den restriktiven Bedingungen: 4,5 m² Schlaf- und Aufenthaltsraum für eine Person, weniger als für einen Schäferhund vorgeschrieben ist. Kaum Platz gab es für eine Kleiderkammer. Der AsylAK konnte nur wenig gespendete Kleidung annehmen und musste auf andere Ausgabestellen verweisen.

Kampagnen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Geflüchteten

Der AsylAK hat im Laufe der Jahre mehrere deutschlandweite Kampagnen aktiv unterstützt, darunter die Bleiberechtskampagne und die Save-me-Kampagne. Der Tag des Flüchtlings 2006 war einem Bleiberecht für Geduldete, die sich schon lange in Deutschland aufhielten, gewidmet. Eine Kampagne für diese Menschen beschäftigte den AsylAK mehrere Jahre. Es gab 2003 230 000 Menschen in Deutschland und 350 in Heidelberg, die davon betroffen waren. Viele davon lebten schon sechs Jahre und mehr mit sog. Kettenduldungen, die alle paar Monate verlängert werden mussten, in quälender Ungewissheit und ständiger Angst vor Abschiebung. Viele Rechte waren ihnen vorenthalten: u.a. hatten sie meist keine Arbeitserlaubnis, damit war ihnen auch eine Ausbildung verwehrt, es gab für sie auch keinen Familiennachzug. Der AsylAK organisierte ein Podiumsgespräch mit Flüchtlingen, einem Anwalt, einem Vertreter von Pro Asyl und Flüchtlingshelfer*innen. Die Veranstalter wiesen u.a. darauf hin, dass der größte Teil der

91 Qualifacation for Asylum Seekers in Europe

Betroffenen Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien waren und wir in Deutschland dieser Gruppe gegenüber eine besondere Verantwortung hätten. Die Forderung war, „wer lange hier lebt, soll bleiben dürfen“, d.h. nach fünf bis sechs Jahren soll Flüchtlingen ein Bleiberecht gewährt werden.⁹² Unterschriften unter diese Forderung wurde von Prominenten gesammelt, u.a. von Hilde Domin und Klaus Staack. Es gab mehrere Artikel in der RNZ zu einzelnen Betroffenen.⁹³ Bei einem Infostand wurden Unterschriften und Kommentare auf Stoffbahnen geschrieben, die zusammengenäht eine riesige Banderole ergaben – viele Passanten beteiligten sich an der originellen Aktion. Mit der bundesweiten Kampagne konnte schließlich ein Teilerfolg errungen werden. Die Hürden für ein Bleiberecht waren aber so hoch, dass nur wenige Flüchtlinge sie überwinden konnten. Wie soll man eine Arbeit finden, um seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, wenn man nur ein auf wenige Monate begrenztes Aufenthaltsrecht hat und wenn man nur Arbeiten annehmen kann, für die sich kein sog. Bevorrechtigter (Deutsch und Ausländer mit festem Aufenthalt) bewirbt?

Eine andere bundesweite Kampagne, an der sich der AsylAK beteiligte, war die Save-me-Kampagne. Sie entsprach einer Forderung des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR). Danach sollte Deutschland jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent von Flüchtlingen aufnehmen, die im Land ihrer Zuflucht nicht bleiben, aber auch nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Es handelt sich um Menschen, die in überfüllten Flüchtlingslagern der Nachbarländer von Krisenregionen leben, in Afrika, in Asien, in Lateinamerika. Wenigstens einigen von ihnen sollte durch ein sog. Resettlementprogramm (ein Programm zur Neuansiedlung) eine Zukunftsperspektive in einem anderen Land gegeben werden, nachdem ihre Asylberechtigung vom UNHCR festgestellt worden war. Während manche Länder wie Kanada und die USA bereits ein jährliches Kontingent von Resettlement-Flüchtlingen aufnahmen, hatte sich Deutschland bis dahin geweigert. Die save-me-Kampagne zielte darauf, auch unsere Regierung zur Teilnahme am Resettlement-Programm zu bewegen. Was konnte ein kleiner lokaler AsylAK beitragen? Er forderte dazu auf, sich als Pate auf seiner homepage zu registrieren. Die Unterzeichner*innen erklärten sich dadurch mit der Kampagne solidarisch, und zugleich bereit, einzelne Resettlement-Flüchtlinge, die etwa in Heidelberg aufgenommen würden, bei der Integration zu unterstützen. In kurzer Zeit hatten sich 70 Personen gemeldet. Die Kampagne bot die Gelegenheit, die Öffentlichkeit über das Schicksal von Flüchtlingen weltweit aufzuklären. Als Nahziel wurde ein Gemeinderatsbeschluss angestrebt. Viele persönliche Briefe und Telefonate waren nötig, um eine ausreichende Anzahl von Gemeinderät*innen davon zu überzeugen, dass eine Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen nötig sei, um der Flüchtlinge willen, aber auch um der internationalen Solidarität willen. 2009 beschloss der Gemeinderat einstimmig, die Kampagne zu unterstützen und richtete damit einen Appell an die Bundesregierung, Geflüchtete aus Lagern weltweit aufzunehmen. Auch diese Kampagne brachte wenigstens einen kleinen Erfolg auch auf Bundesebene: Die Innenministerkonferenz beschloss 2011, sich dauerhaft am Resettlement-Programm zu beteiligen und jährlich 300 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen, ab 2015 wurde die Zahl auf 500 erhöht.

Der AsylAK wandte sich auch durch kulturelle Veranstaltungen an die Öffentlichkeit. Z.B. gewann er 2012 das Jugendtheater der Stadt, die szenische Lesung von Björn Bicker, „Illegal“ aufzuführen, und beteiligte sich an einer Ausstellung zum gleichen Thema: „Menschen im Verborgenen“.

Nachdem inzwischen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Asylbewerber gelockert waren, musste man auch an die Erlaubnis zu einem Studium denken. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer berücksichtigte auf die Anregung der Verfasserin hin diesen Punkt bei der Neufassung des Hochschulgesetzes Baden-Württemberg. So können seit 2009 durch die Initiative des AsylAK Flüchtlinge schon während der Zeit des Verfahrens studieren, wenn sie in kurzer Zeit Deutsch lernen und andere Bedingungen erfüllen. Die Studierlaubnis war ein Beitrag zur Integration der

⁹² RNZ, 3.6.2004

⁹³ RNZ, 30.12.2004, RNZ 19.01.2006

Geflüchteten von Anfang an. Erfahrungsgemäß erhalten ca. 50% aller Asylbewerber – im Laufe der Zeit gab es Unterschiede – ein Bleiberecht, sei es im Verfahren, sei es auf dem Rechtsweg. Ihnen während der oft langen Dauer des Verfahrens Arbeit, Ausbildung und jegliche Integrationsmaßnahmen vorzuenthalten, ist unbarmherzig gegenüber den Betroffenen und unklug im Blick auf ihre zukünftige Integration in die Gesellschaft. Davon war auch die Stadt Heidelberg überzeugt, als sie in den Jahren 2008 bis 2011 einen Kommunalen Integrationsplan erstellen ließ, der auch Asylbewerber*innen berücksichtigte. Zur Erarbeitung des Plans wurde der AsylAK eingeladen und nahm an mehreren Gremien teil.⁹⁴

Einen weiteren Erfolg erzielte der AsylAK 2009 auf lokaler Ebene: Die unbeliebte Paketverpflegung wurde auf Gutscheine umgestellt.⁹⁵ Das war erst nach zähem Kampf möglich, bei dem sich vor allem die erste Vorsitzende Gudrun Sidrassi-Harth engagiert hat. Immer wieder machte der AsylAK auf die unzumutbare Verpflegung mit Paketen aufmerksam, z.B. durch eine Aktion auf dem Marktplatz 2003.⁹⁶ Es gab verschiedene Möglichkeiten, die in anderen Städten angewandt wurden und die die Mitarbeiter*innen auf ihre Tauglichkeit prüften: ein Lastwagensystem. Dabei bringt ein Lastwagen ein begrenztes Angebot in die Gemeinschaftsunterkunft, ein Gutscheinsystem und ein Chip-System, wie es in Freiburg praktiziert wurde. Es gelang schließlich, Kaufland und Rewe wie auch die Stadt von einem Gutschein-System zu überzeugen. Die Flüchtlinge atmeten auf, nachdem sie von dem Zwangssystem der Paketversorgung, das seit 15 Jahren in Heidelberg herrschte, befreit waren. Zurück blieben aber andere Schwierigkeiten: Der Gutscheinbetrag musste immer ganz dem Warenwert entsprechen, denn es gab kein Bargeld für Restguthaben. Außerdem schämten sich die Flüchtlinge vor den anderen Kunden, wenn sie mit Gutscheinen bezahlen mussten. Vor allem aber waren die Gutscheine zusammen mit einem minimalen Taschengeld so knapp bemessen, dass man davon kaum ein menschenwürdiges Leben führen konnte. Der Regelsatz, der seit 18 Jahren nicht mehr erhöht worden war, betrug 224,97€. Das schloss Ernährung, Hygiene, Kleidung, Hausrat und Taschengeld (40,90) ein. Es war bis zu 47 Prozent weniger als die Leistungen von Hartz IV-Empfänger*innen.⁹⁷

Gegen diesen Zustand gab es seit Längerem heftige Proteste der Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Flüchtlingsorganisationen. Eine Änderung wurde angestoßen durch ein Urteil des Landessozialgerichts in Nordrhein-Westfalen, das 2010 die niedrigen Leistungen für Asylbewerber als verfassungswidrig einstufte. Das hatte aber noch keine Auswirkungen auf das Geld, das sie erhielten. Doch mit diesem Urteil im Hintergrund wagte es die Verfasserin im Auftrag des AsylAK, für 15 Familien (insgesamt 44 Personen) Klage beim Sozialgericht Mannheim zu erheben. Und tatsächlich bekam am 10. August 2011 die erste Familie Recht. Die Stadt wurde verpflichtet, den erwachsenen Familienmitgliedern monatlich 65,51€ zusätzlich zu gewähren. Rechtsanwalt Berthold Münch kommentiert den Beschluss: „Er setzt als erster seiner Art ein längst überfälliges Zeichen gegen die Vernachlässigung der Asylbewerber und macht unmissverständlich deutlich, dass auch sie ein Recht auf Sicherung ihres Existenzminimums haben.“⁹⁸

2012 fielte dann das Bundesverfassungsgericht sein bahnbrechendes Urteil. Es erklärte die „Höhe der Geldleistungen für evident unzureichend“, sie verletze die Menschenwürde. In der Urteilsbegründung fällt auch der denkwürdige Satz, der von Unterstützerorganisationen immer wieder zitiert wurde, dass ein Absenken des Leistungsniveaus nicht mit migrationspolitischen Erwägungen zu rechtfertigen sei.⁹⁹ In der Folge erhielten Asylbewerber Leistungen, die nur etwas niedriger als der Hartz IV-Betrag waren, dies wegen bestimmter Dinge, die nur Flüchtlinge kostenlos erhielten. Heidelberg war in Baden-Württemberg die erste Stadt, die gleich nach dem

94 Kommunalen Integrationsplan (KIP) der Stadt Heidelberg S.56-61

95 RNZ, 5.10.2009

96 RNZ, 12.5.2003

97 RNZ, 19.7.2012

98 RNZ 11.8.2011

99 BverfG, 1 BvL 10/10 vom 12.08.2012

Karlsruher Urteil die Gutscheine abschaffte und Bargeld auszahlte. Die Familien, die gegen die zu geringen Leistungen geklagt hatten, erhielten rückwirkend vom Datum des Widerspruchs an das ihnen zustehende Geld. Ob denn die Geflüchteten auch mit dem Geld für einen ganzen Monat haushalten könnten, fragte eine Stadträtin in einer Sitzung des Sozialausschusses, bei der auch der AsylAK vertreten war. Sogar wohlmeinende Stadträt*innen konnten sich offenbar nicht vorstellen, dass ganz normale Menschen zu uns kamen, die auch bei sich schon mit Geld umgegangen waren. Die Flüchtlinge erhielten nun zwar Geld, viele durften aber kein Bankkonten aufmachen, wenn sie keine Ausweispapiere ihres Herkunftslandes vorzuweisen hatten, was auf viele zutrifft. Ohne Bankkonto bestand die Gefahr, bestohlen zu werden. Durch zähe Verhandlungen mit der Sparkasse erreichte der Asylarbeitskreis schließlich ein Recht auf Eröffnung eines Kontos auch für diese Flüchtlinge.

Gudrun Sidrassi-Harth wurde 2015 „für ihr langjähriges, außergewöhnliches Engagement in der Flüchtlingshilfe“ das Bundesverdienstkreuz verliehen, eine Ehrung, auf die auch der AsylAK stolz sein konnte. Denn vieles, was sie als Vorsitzende von 2008 bis 2016 und schon davor erreicht hatte, wäre ohne die tatkräftige Teamarbeit der anderen Flüchtlingshelfer*innen nicht möglich gewesen.

Ab 2014 trat eine weitere Verbesserung der Lebenssituation von Asylsuchenden ein durch ein neues Flüchtlingsaufnahme- und Unterbringungsgesetz (FlüAG) in Baden-Württemberg. Die Politik der Abschreckung sollte in den Bereichen, für die das Land verantwortlich ist, durch eine Politik des Willkommens abgelöst werden.¹⁰⁰ Dieses Gesetz „ist getragen vom Grundsatz eines menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen“, heißt es in §1. Einige Forderungen der Flüchtlingsorganisationen, zumal des Flüchtlingsrats Baden-Württembergs, der bei der Beratung mit einbezogen war, wurden aufgenommen. Statt 4,5 m² Schlaf- und Aufenthaltsraum standen jedem Flüchtling nun 7 m² zur Verfügung, Gemeinschaftsunterkünfte sollten nicht isoliert fernab von Wohngebieten liegen, der Aufenthalt in diesen Einrichtungen wurde auf 24 Monate begrenzt, Sozial- und Verfahrensberatung durfte wieder von freien Trägern übernommen werden, Unterkünfte sollten in Wohngebieten und nicht in isolierter Lage eingerichtet werden, Sprachunterricht musste angeboten werden, Sportanlagen und Gemeinschaftsräume wurden vorgeschrieben.¹⁰¹

Asylarbeit von 2015 bis heute

Willkommenskultur unter schwierigen Bedingungen

Es liegt eine gewisse Tragik darin, dass genau in dem Moment, wo man sich auf einen humaneren Umgang mit Flüchtlingen eingestellt hatte, ihre Zahl so stark anstieg, dass die Verbesserungen erst einmal nicht umgesetzt werden konnten. Nachdem Anfang 2000 die Schutzbegehren in Deutschland bis unter 30.000 pro Jahr zurückgegangen waren, stiegen sie ab 2013 wieder stark an bis über 745.000 im Jahr 2016.¹⁰² Der Krieg in Syrien war vor allem verantwortlich für die starke Zunahme – in Heidelberg war der Anteil von syrischen Flüchtlingen zu dieser Zeit 23% - die Diktatur in Eritrea trieb viele Menschen in die Flucht, viele kamen auch aus Afghanistan und dem Irak. Heidelberg musste sich auf erhöhte Zuweisungen einstellen und mehr Unterbringungsplätze bereitstellen. Vor allem 2014 brachte zahlreiche Veränderungen in der Stadt. Ende des Jahres waren 500 Flüchtlinge in Heidelberg, jeden Monat kamen 50 neue hinzu. Die Unterkunft in der Henkel-Teroson-Straße sollte einen weiteren Neubau erhalten, mehrere Sozialwohnungen in der Hardtstraße in Kirchheim, zwei Mannschaftsgebäude auf dem ehemaligen US-Areal, die Patton Barracks, wurden für die Unterbringung genutzt – Ende des Jahres waren allein dort fast 500 Personen untergebracht – das ehemalige Hotel Metropol, das schon in den 90er Jahren Flüchtlingsunterkunft

100 Wissenschaftsministerin Theresia Bauer bei einem Podium in Heidelberg, RNZ, 6.11.2014

101 Flüchtlingsaufnahme- und Unterbringungsgesetz von Baden-Württemberg 1.1.2014

102 <https://www.bamf.de>, aufgerufen 26.11.2020

war, wurde wieder hergerichtet.¹⁰³ Auch in ganz anderer Hinsicht engagierte sich die Stadt: Als einzige in Baden-Württemberg bot sie Flüchtlingen eine politische Vertretung an. Zwei Flüchtlinge erhielten im Ausländer- und Migrationsrat Sitz und Stimme.¹⁰⁴

Angesichts des großen Bedarfs an Erstaufnahmeeinrichtungen – die neuen Aufnahmezentren in Meßstätten und Ellwangen waren bereits überfüllt – trat das Land an Heidelberg mit der Bitte heran, Patrick-Henry-Village (PHV) als Notaufnahme zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig rief die Stadt Wohnbaugesellschaften, Makler und Privatleute dazu auf, Wohnungen bereit zu stellen, da es abzusehen war, dass die genannten Heidelberger Unterkünfte nicht ausreichten. Das entsprach auch dem Konzept der Stadt, möglichst kleine (für 100 - 200 Personen) dezentrale Wohneinheiten für Flüchtlinge einzurichten. Wegen der großen Zahl der Flüchtlinge in der Notaufnahme in PHV – zunächst kamen 2000, Ende des Jahres 2015 waren es 3800 – verzichtete das Land auf weitere Zuweisungen an Heidelberg nach dem normalen Verteilungsschlüssel. Die Notaufnahme wurde ab 2015 ein zentrales Ankunftszenrum, ein Pilotprojekt des Landes, in dem dreiviertel der Flüchtlinge, die ins Land kamen, registriert wurden und Asyl beantragten.¹⁰⁵

Die große Zahl der Flüchtlinge löste deutschlandweit, so auch in Heidelberg, eine überwältigende Hilfsbereitschaft aus. Viele wollten sich um sie kümmern, Deutschunterricht geben, Kleidung für den Winter wurde gesammelt. Es fehlte auch nicht an Solidaritätsbezeugungen, so riefen einige prominente Erstunterzeichner*innen zu einem Appell auf: „Flüchtlinge willkommen heißen – Heidelberg sagt ja“.¹⁰⁶ Diese sehr erfreuliche Reaktion der Heidelberger*innen auf die hohe Zahl der ankommenden Schutzsuchenden stellte die Organisationen, die in der Flüchtlingshilfe etabliert waren, allerdings auch vor große Probleme. Der kleine Raum in der Evangelischen Studierendengemeinde, in dem die vierzehntägigen Plenen des AsylAKs stattfanden, fasste die Menge der Interessierten nicht, so dass man auf andere Räume, z.B. im interkulturellen Zentrum, ausweichen musste. Es mussten andere Organisationsformen gefunden werden. Alle vier Wochen gab es eine Einführung für neue Hilfsbereite. Dazwischen lagen die Plenen, die der normalen Organisation der Arbeit galten. Obwohl der Hilfsbedarf groß war, war es organisatorisch nicht zu leisten, allen Freiwilligen eine sinnvolle Aufgabe zu geben. Schließlich mussten alle in Heidelberg aktiven Organisationen, AsylAK, Diakonisches Werk und Caritas, ankündigen, dass sie keine Helfer*innen mehr annehmen könnten. Mia Lindemann, von 2016 bis 2020 Vorsitzende des AsylAKs und die langjährige Koordinatorin, Susanne Sommer, haben in dieser schwierigen Zeit Erstaunliches geleistet. 2017 waren es 150 Ehrenamtliche, die sie zu betreuen hatte.¹⁰⁷ Die Stadt bezahlte inzwischen 29 Wochenstunden für diese Arbeit.

Viele spontane und phantasievolle Aktionen dachten sich die HeidelbergerInnen aus, um Flüchtlinge willkommen zu heißen. Neue Gruppen bildeten sich, z.B. fanden sich für die Patton-Barracks junge Leute zusammen, die Deutschunterricht gaben. Eine 8. Klasse der Theodor-Heuss-Realschule nahm über den Asylarbeitskreis Kontakt mit der Kindergruppe, den „Wilden Schlappis“, in der Henkel-Teroson-Straße auf und organisierte Spielnachmittage. Dafür wurde sie im Rathaus mit dem Präventionspreis ausgezeichnet.¹⁰⁸ Das Interkulturelle Zentrum organisierte eine Vortragsreihe „Flüchtlingsgespräche“, durch die 6787 € zusammenkamen. Der AsylAK teilte sich die Summe mit Pro Asyl.¹⁰⁹ Die bekannte Sängerin Jutta Glaser bot den Kindern in der Henkel-Teroson-Straße das Projekt „Spielraum Musik“ an, viele Kinder konnten durch die Unterstützung von Ehrenamtlichen an dem Programm des Ferienpasses teilnehmen. Rund um die Patton Barracks entstand ein bunter Blumen- und Gemüsegarten durch Ehrenamtliche des AsylAK, initiiert durch

103 Stadtblatt Nov. 2014

104 RNZ, 14.10.2014

105 RNZ, 30.9.2015

106 RNZ, 23.9.2014

107 Jahresbericht des AsylAK 2018, AAK

108 RNZ, 22./23.11.2014

109 RNZ, 8.4.2016

Annette Schiffmann, die seit 2020 vorsitzende des AsylAK ist.¹¹⁰

Der AsylAK nutzte die großen Zahl der freiwilligen Helfer*innen, um den Deutschunterricht in den Unterkünften auszuweiten. Mit Geldern der Baden-Württemberg-Stiftung wurde das Projekt „Sprachbrücken“ eingerichtet, das Julia Campos leitete. Hier wurden ehrenamtliche Lehrer*innen fortgebildet und eingesetzt, um den großen Bedarf an Sprachkursen zu decken. Mit einer originellen Idee warben die „Sprachbücker“ für Wörterbücher: Kunden wurden aufgefordert, Wörterbücher zu spenden. Sobald neun zusammen waren, legte die Buchhandlung das zehnte drauf und der AsylAK das elfte.¹¹¹ Ein höheres Spendenaufkommen ermöglichte es dem AsylAK, Bildungsgutscheine an Flüchtlinge auszugeben, die über die von der Stadt angebotenen kostenlosen Kurse hinaus weitere Sprachkurse besuchen wollten. Außerdem wurde ein Fonds eingerichtet, um Flüchtlingen in besonderen Notlagen, z.B. bei hohen Anwaltskosten, zu helfen. Großen Anklang fand die Idee, Geflüchteten eine Kamera in die Hand zu geben und sie Bilder zum Thema „Mein November“ machen zu lassen. Die Aktion wurde vom dpunkt-Verlag, der mit den Geflüchteten einen Workshop durchführte, und vom AsylAK organisiert. Private Spender kamen für die Kameras auf. Die einzigartigen Bilder, die in der Stadtbücherei ausgestellt wurden, zeigten, wie die Geflüchteten Heidelberg erlebten. Hier waren sie nicht Objekte von Hilfe, sondern wurden als kreative Subjekte ernst genommen.

Die große Hilfsbereitschaft darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch viele negative Reaktionen in Heidelberg gab, die dem AsylAK bei Informationsständen entgegenschlugen. Als PHV eingerichtet wurde, gab es zunächst heftige Gegenwehr von Einzelnen aus der Kirchheimer Bevölkerung. Vor allem entstanden wilde Gerüchte über angeblich begangene Straftaten durch Flüchtlinge, die sich aber alle samt als haltlos erweisen. Nach dem Vorbild des Appells „Heidelberg sagt ja“ bildete der Ausländer/Migrationsrat und der Stadtteilverein die Initiative „Kirchheim sagt ja“, in der u.a. die Leitung des PHV, die Polizei, der AsylAK und die Kirchen vertreten waren. Dort wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die beruhigend auf die Situation wirkten, u.a. ein Shuttlebus, der die Flüchtlinge in die Stadt brachte, damit nicht zu viele nach Kirchheim kommen würden, und mehr Polizeistreifen.

In den Jahren nach dem Höhepunkt der Zuwanderung lagen die Schwerpunkte der Asylarbeit auf der Unterstützung beim Spracherwerb und der Suche nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Ein Arbeitsverbot bestand nun nur noch für drei Monate, die Vorrangprüfung, d.h., dass Deutsche, EU-Bürger und anerkannte Flüchtlinge vorrangig bei der Arbeitsplatzsuche berücksichtigt werden, war weggefallen, und die sog. Ausbildungsduldung ermöglichte es Flüchtlingen, während drei Jahren eine Ausbildung zu machen und nach Abschluss noch zwei Jahre in Deutschland zu arbeiten. Diese Regelung konnte sogar zu einem dauerhaften Bleiberecht führen. Deshalb musste der AsylAK alles daran setzen, geeignete Ausbildungsplätze zu finden. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit mit der Hotelfachschule, die ihrerseits dringend Fachkräfte sucht. Die Flüchtlinge konnten sich in Gastronomie, Hotellerie und Hauswirtschaft ausbilden lassen. Der AsylAK sorgte für die Erweiterung der Sprachkompetenz der Lehrlinge. Das Projekt wurde mit dem Integrationspreis des Landes in der Kategorie Zivilgesellschaft ausgezeichnet.¹¹²

Der AsylAK engagiert sich für „Relocation“ und „Seebrücke“

Das politische Engagement des AsylAKs bezog sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen, die sich auf der Flucht in besonderen Notlagen befanden, auf das sog. Relocation-Programm und die Seenotrettung. Viele Flüchtlinge befanden sich nach der Schließung sämtlicher Grenzen in Europa in griechischen und italienischen Lagern und warteten darauf, in andere Länder Europas weiterwandern zu können. Zur Konkretisierung ihres Elends wurde das Lager Idomeni an der

¹¹⁰ Tätigkeitsbericht des Asylarbeitskreises 2015

¹¹¹ RNZ, 28.06.2016

¹¹² RNZ, 20.08.2019

griechisch-mazedonischen Grenze, wo sie ohne Versorgung im Schlamm hausten. Die EU beschloss ein sog. Relocation-Programm, das wenigstens einen Teil der Flüchtlinge auf andere europäische Länder verteilen sollte. Viele Länder, vor allem die osteuropäischen, weigerten sich jedoch, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Das veranlasste einige Bürgermeister*innen in ganz Europa, angesichts der Untätigkeit der Länder eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen durch die Städte zu fordern. Sie fanden sich in einem Bündnis zusammen, den sog. Solidarity Cities. Gleichzeitig bildeten sich Bürgerinitiativen, die dieselbe Forderung stellten, z.B. Osnabrück mit dem Slogan „50 aus Idomeni“. Sie wollten Gemeinderatsbeschlüsse zur Aufnahme einer bestimmten Zahl von Flüchtlingen herbeiführen, wodurch dann Druck auf die jeweiligen Regierungen ausgeübt werden sollte, ihrer Verpflichtung aus dem Relocationprogramm nachzukommen.¹¹³ Der AsylAK Heidelberg organisierte in der Stadtbibliothek eine Veranstaltung mit dem Titel, „Heidelberg hat Platz. Eine Diskussionsrunde von unten.“ Er wandte sich mit seiner Forderung an den Gemeinderat, der 2017 die Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von 50 Geflüchteten aus dem Relocation-Programm beschloss. Der Oberbürgermeister schrieb an die Bundeskanzlerin, sich für die zügige Umsetzung des Relocation-Programms einzusetzen.

2018 schloss sich der AsylAK der Bewegung "Seebrücke" an und regte ebenfalls einen Gemeinderatsbeschluss an, nämlich den Appell anderer Städte zu unterstützen, schnellstmöglich eine Lösung für Geflüchtete, die aus Seenot gerettet werden, zu finden und bekräftigt die Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme von Flüchtlingen. Beide Forderungen waren von einigen Fraktionen als Symbolpolitik abgelehnt worden, da die Aufnahme von Asylsuchenden ausschließlich bei der Bundesregierung liege. Der AsylAK hoffte auf den potentiellen Einfluss der Stadt im Städtetag, im Land und dadurch auch bei der Bundesregierung.

Während der 40 Jahre seines Bestehens stellte der AsylAK ein zivilgesellschaftliches Gegenmodell zur deutschen und europäischen Politik dar, die überwiegend auf Abschreckung setzte. Damit gab er der Stadt einen wichtigen Impuls für eine humanere Aufnahmepolitik. In den 70er und 80er Jahren gab es fast keine kommunale Unterstützung für Geflüchtete, die über die Verpflichtung hinausging, die den Kommunen von Bund und Land auferlegt waren. Im Laufe der Zeit entstand ein Bewusstsein für die Bedürfnisse der Geflüchteten. Die Stadtbevölkerung insgesamt wurde sensibilisiert für das Thema Flucht und Asyl und hat mit großer Hilfsbereitschaft in Momenten, als besonders viele Flüchtlinge kamen, reagiert. Es ist verständlich, dass sie nun auch bei der Flüchtlingspolitik mitreden will, vor allem, was die Aufnahme von Flüchtlingen betrifft, die ja in der Praxis von ihr zu leisten ist. So sind die verschiedenen oben genannten Versuche zu verstehen, über Gemeinderatsbeschlüsse – Save-me, Relocation, Seebrücke – Einfluss auf die Bundespolitik zu gewinnen und zu erreichen, dass Städte über die Aufnahme von Flüchtlingen entscheiden können. Die Diskussion darüber hat inzwischen viele Städte in ganz Europa erfasst. Allein in Deutschland haben sich 140 Städte zu "Sicheren Häfen"¹¹⁴ erklärt. Auf europäischer Ebene gibt es seit einiger Zeit Überlegungen, einen Fonds einzurichten, über den Städte, die Flüchtlinge freiwillig aufnehmen, Geld erhalten können, das sie nicht nur zur Deckung ihrer Extrakosten, sondern allgemein zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur verwenden können.¹¹⁵ Der Asylarbeitskreis Heidelberg e.V. wird sich in diese Diskussion weiterhin einmischen.

113 Ulrike Duchrow: Relocation als Rettung (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Rundbrief 3/16)

114 <https://www.presseportal.de/pm/128021/4552731>, aufgerufen am 19.8.2020.

115 <http://restart-europe-now.eu/2017/02/24/europaeische-fluechtlingsintegration-als-gemeinsame-kommunale-entwicklung/>, aufgerufen am 19.8.2020.

Angaben zur Person der Autorin

Ulrike Duchrow, Gymnasiallehrerin i.R., Studium der Germanistik, Geschichte und Anglistik in Heidelberg, Göttingen, Berlin und USA, beruflich tätig an der Universität Genf und an der Elisabeth-von-Thadden-Schule in Heidelberg, Lehraufträge an der Universität Heidelberg sowie an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zu Migration und Flucht, Gemeinderätin der Grün-Alternativen Liste in der Amtszeit 1994-99, stellvertretende Vorsitzende im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und im Asylarbeitskreis Heidelberg, Artikel zu flüchtlingspolitischen Themen im Rundbrief des Flüchtlingsrats. ulrike.duchrow@t-online.de